

WIR wählen am 26. Mai



WIR sind die Guten



Wir verstehen, dass seit unserer Gründung versucht wird, uns in politische Ecken zu stellen, uns zu diskreditieren oder gar zu diffamieren. Wir überlassen es Ihrer persönlichen Einschätzung, unter anderem aus Ihren persönlichen Kontakten zu unseren Kandidatinnen und Kandidaten sowie und Mitgliedern aus den Stadtteilen, selbst zu urteilen.

- 05 Vorwort
- 06 Warum ist die Wahl so wichtig?
- 07 Was passiert bei einem «Weiter-So»?
- 07 Deshalb wollen **WIR in Kiel...**
- 08 Transparenz
- 09 Echte Bürgerbeteiligung
- 11 Kinder- und Jugendbeteiligung
- 12 Städtische Kulturpolitik
- 13 Bezahlbares Wohnen
- 16 Kluge Bildung
- 17 Integration
- 18 Die soziale Stadt ist mehr als ein Slogan
- 19 Kinder und Jugendliche
- 20 Kinderarmut
- 21 Ältere Generation
- 22 Umwelt
- 24 Wirtschaftsförderung
- 25 Kein weiterer Ausverkauf der Stadt
- 26 Der notwendige Konflikt mit Land und Bund
- 27 Kommunales Integritätssystem
- 28 Zum integrierten Stadtentwicklungskonzept
- 29 Unser Kiel ist keine Marke
- 30 Kreative Stadt Kiel
- 31 Darf eine Stadt ihre Wohnungsbau-gesellschaft verkaufen?
- 33 **WIR in Kiel**

## Impressum

**WIR** in Kiel  
Postfach 6275, 24123 Kiel

V.i.S.d.P.  
Joachim Böse, Knorrstr. 22, 24106 Kiel  
info@wirinkiel.net, www.wirinkiel.net

WIR werden gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern eine lebendige kommunale Demokratie in die Tat umsetzen. Denn die Bedürfnisse und Interessen aller Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt Kiel müssen im Mittelpunkt stehen.

WIR werden die eingefahrenen Gleise der bisherigen Rathauspolitik verlassen und neue Wege gehen. Die Stärke Kiels sind die Menschen, die hier leben und bei ihnen liegen die zuverlässigen und zukunftsfähigen Kompetenzen dieser Stadt.

WIR brauchen faire Möglichkeiten der Mitsprache und Mitentscheidung. Es muss fest verankerte Formen der Teilhabe und Mitentscheidung geben.

Um dieses Ziel zu erreichen, haben sich Kielerinnen und Kieler zur Wählergemeinschaft **WIR in Kiel** zusammengeschlossen. In Form einer überparteilichen Bürgerinitiative haben sich Menschen aus vielerlei gesellschaftlichen, sozialen, ökologischen und kulturellen Arbeitsfeldern entschlossen, als eine Erfolg versprechende "dritte Kraft" aufzutreten.

**WIR in Kiel** tritt zur Kommunalwahl 2013 an, damit die Bedürfnisse und Interessen aller Kieler Gruppen berücksichtigt werden. Wir wollen einen echten Wandel im Rathaus, den es nur geben kann, wenn Sie den "Weiter-so"-Parteien eine Denkpause verordnen.



## Warum ist diese Wahl so wichtig?

Am 26. Mai 2013 finden in Schleswig-Holstein Kommunalwahlen statt. Warum ist diese Wahl so wichtig? Kommunalpolitik ist nicht losgelöst von Bundes- und Landespolitik, vielmehr bestehen gerade die Bundesparteien aus der Gesamtheit ihrer Ortsverbände bzw. Ortsvereine, die auch ihre Bundespolitiker aufstellen. Es ist heuchlerisch, wenn die Parteien auf bundespolitischer Ebene Entscheidungen treffen, die in Kiel zu einer immer

höheren kommunalen Verschuldung führen, aber die Parteivertreter dann vor Ort so tun, als hätten sie damit gar nichts zu tun und im Ratssaal Krokodilstränen vergießen. Die Kieler Kommunalpolitiker sind in den letzten Jahren zu Umsetzungs-marionetten ihrer Bundespolitiker mutiert. Das muss sich ändern – deshalb ist diese Kommunalwahl so wichtig.

## Kiel: Mehr als 500 Millionen für die "systemrelevanten" Vermögenden! Nichts für die "unbedeutende" Stadt?

Die Finanzkrise mit ihren angeblich so "alternativlosen" Bankenrettungen hat offenbart, was in den Augen der Parteipolitiker wirklich wichtig, sprich systemrelevant ist. Es sind die Banken und die Guthaben der Vermögenden. Man stelle sich einmal vor, die klammen Kommunen wären mit diesem Geld gerettet worden! Allein in 2010 waren es rund 170 Milliarden Euro zusätzlicher Aufwand der Staatskassen zur Krisenbewälti-

gung; das sind bei rund 80 Mio. Bürgern pro Kopf 2.125 Euro und somit allein für Kiel annähernd 510 Mio. Euro. Kiel wäre schuldenfrei und hätte Gestaltungsraum, um in seine marode Infrastruktur zu investieren: z.B. in vorbildliche KiTas, moderne Schulgebäude, sanierte Schwimmbäder, Straßen ohne Schlaglöcher, eine lebendige Innenstadt, eine vibrierende Kulturszene und vieles mehr.

## Die Stadt als Wiege der Demokratie. Die örtlichen Akteure ahmen lediglich die Schauspieler der Bundesbühne nach.

Statt gegen falsche Schwerpunktsetzung ihrer Parteioberen und Abgeordneten in Landtag und Bundestag zu protestieren, hat die Ratsversammlung als Reaktion jede gestaltende Stadtentwicklung aufgegeben und überlässt die Stadt den jeweiligen Investoren. Sie ahmt auf kommunaler Ebene nach, was in Berlin schon längst gang und gäbe ist. Hierzu zählt der Verkauf der über Generationen geschaffenen öffentlichen Güter: Grundstücke, städtische Wohnungen, wirtschaftliche Betriebe usw. In Kiel führt das letztlich zur Enteignung aller Kielerinnen und Kieler, die über Jahrzehnte mit ihren Gebühren, Beiträgen und Steuern dieses städtische Vermögen erst aufgebaut haben.

Die etablierten Parteien in der Kieler Ratsversammlung haben bei der Wahrung der Interessen der Bürgerinnen und Bürger versagt, das zeigen beispielhaft die gescheiterten Großprojekte wie Science Center, Rathausgalerie und das wenig attraktive Matrix-Gebäude am Alten Markt.

### **"Alternativlosigkeit" als Deckmantel für Ideenlosigkeit oder gar Interessenverrat!**

Viele Menschen in Kiel haben zu Recht das Gefühl, dass eine Menge schief läuft. Sie sehen und empfinden, dass politische Entscheidungen und deren Umsetzungen an ihnen vorbei getroffen werden. Das zutiefst undemokratische Argument der "Alternativlosigkeit" droht die gesamte Stadtentwicklung zu bestimmen und der Stadt zum Nachteil der Kielerinnen und Kieler Schaden zuzufügen. Profiteure dieser Politik sind nur einige Wenige.

Am Wahlsonntag wirklich auswählen gehen!

**Den Parteien eine Pause gönnen – zum Nachdenken und den Wandel wählen!**

# Was passiert bei einem “Weiter-so“?

In Kiel leben 239.320 Menschen. Davon sind 34.000 unter 18 Jahre alt.

- Jedes 3. Kind in Kiel lebt in monetärer Armut.
- Zurzeit sind über 12.100 Menschen in Kiel arbeitslos; fast 1.200 Kieler Jugendliche stehen ebenfalls ohne Arbeit da.
- Über 38.000 Menschen in Kiel sind auf Transferleistung angewiesen; über 32.000 Menschen in Kiel erhalten Grund-sicherung.
- Die Altersarmut steigt seit 2010 kontinuierlich an.
- Die Anzahl der Wohnungen mit Mietpreisbindungen belief sich 1988 noch auf 30.000. Bis zum Jahresende schmilzt dieser Bestand auf 6.200.
- 379 Menschen sind “akute Wohnungsnotfälle” - und haben gar kein Obdach und keine Bleibe.
- Das Gewerbesteueraufkommen für 2012 wurde mit 115 Millionen Euro angesetzt, wegen der absehbaren Probleme der HSH Nordbank sind es jetzt höchstens 89 Millionen.
- Der Sanierungsstau an Kieler Schulen beträgt mindestens 140 Millionen Euro.
- Es wurden Millionen in unsinnige “Leuchtturmprojekte” wie das Science Center investiert, die nie realisiert wurden.
- Die Stadt bezahlte teure Gutachten, die überhaupt keinen Nutzen hatten.
- Die Stadt gibt lieber Hunderttausende für ein neues Image aus statt für imagebildende Infrastruktur. Was nützt ein neues prangendes Logo, wenn man zugleich durch ein Schlagloch holpert?
- Sobald es um Investoren geht, betreibt die Stadtpolitik vorseilenden Gehorsam. Vorher beschlossene Entwicklungs-pläne werden dann schon mal über Nacht über den Haufen geworfen.
- In der Klimaschutzstadt Kiel wurde beispielsweise nicht festgelegt, wie viel Grün die Stadt mindestens braucht. Dafür werden Grünflächen ohne große Abwägungsprozesse an beliebige Investoren verkauft.

# Deshalb wollen

## WIR in Kiel

### eine demokratische und zukunftsorientierte Kom-munalpolitik, bei der

- die Interessen der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Vorrang vor dem privaten Vorteil einer Minderheit haben,
- die Nutzung des gesamten innerstädtischen Grund und Bodens den Anforderungen der Gemeinschaft entspricht und nicht Investoren die Stadtentwicklung bestimmen,
- sich die städtische Politik konsequent an dem nachhaltigen Ziel der Verwirklichung von mehr Lebensqualität ausrichtet. Das gilt für alle Entscheidungen des Städte- und Wohnungsbaus, des Verkehrswesens, der Ver- und Ent-sorgung, der Schmutz- und Lärmbekämpfung und der sozialen und kulturellen Einrichtungen,
- Chancengerechtigkeit für Alle durchgesetzt wird - also auch für Kinder, Jugendliche, Frauen, ältere Mitbürger, Einkommensschwache und Migranten,
- durch mehr Information und durch mehr Mitbestimmung in kommunalen Angelegenheiten das gesellschaftliche Be-wusstsein von Demokratie tatsächlich gestärkt wird.

# Transparenz



Die städtische Politik gibt immer wieder Gutachten in Auftrag, die ihr Geld nicht wert sind – und das sind keine kleinen Summen aus der Stadtkasse. Meist taucht in diesem Zusammenhang die sogenannte SWOT-Analyse auf, die Stärken und Schwächen identifizieren helfen soll. Doch sie ist hochmanipulativ und wird zudem modernen wissenschaftlichen Anforderungen nicht gerecht.

Von der Ansiedlung von Möbel Kraft erfahren die BürgerInnen erst, nachdem grundlegende Entscheidungen gefallen sind. Damit werden alternative Möglichkeiten der Stadtentwicklung verhindert. Selbst wenn man beispielsweise alle Umweltbedenken ignoriert, bleiben Fragen offen. Weshalb wurde nicht der meistbietende Interessent gesucht? Weshalb keine Umwidmung in stadtnahe Wohnbebauung angestrebt?

Die sogenannte "Gläserne Akte" zu diesem Vorgang erscheint erst, nachdem Entscheidungen getroffen wurden! Die BürgerInnen werden nicht vorher an Entscheidungen beteiligt, sondern nur noch über deren Umsetzung nachträglich informiert.

Die Auswertung der Bürgerinnen- und Bürgerbefragung im Auftrag der Landeshauptstadt Kiel ergab, dass sich nur 11,9% der BürgerInnen über die Vorhaben und Planungen der Stadt Kiel ausreichend und rechtzeitig informiert fühlen. Das ist eine deutliche Aussage.

Es gibt zwar das Informationsfreiheitsgesetz, das Bürgerinnen und Bürgern ein

Recht auf bestimmte Informationen gibt. Das ist jedoch völlig unzureichend und nicht alle Daten von allgemeinem Interesse sind überhaupt einsehbar. Zudem müssen Interessierte einen Antrag stellen und Gebühren zahlen. Das ist mühselig, teuer und oft erfolglos.

Damit Kiels Bürgerinnen und Bürger sich beteiligen und mitbestimmen können, ist es notwendig, dass sie ungehinderten, freien Zugang zu allen Informationen haben.

Dafür brauchen wir etwas, was es in Hamburg bereits gibt, nämlich ein Transparenzgesetz - bzw. für die kommunale Ebene eine Transparenzsatzung mit einem leicht zugänglichen zentralen Informationsregister.

Das Ziel ist, Bürgerinnen und Bürgern Informationen umfassend und einfach zugänglich zu machen und zwar lange bevor auf ihrer Basis von Gremien, wo-

möglich in nicht öffentlicher Sitzung, Entscheidungen getroffen werden.

Im zentralen Informationsregister macht die Stadt Kiel von A bis Z alles im Internet zugänglich, was von öffentlichem Interesse ist und zwar kostenlos.

Dazu gehören zum Beispiel:

- städtische Verträge
- Gutachten
- Statistiken
- Bauprojekte beginnend mit dem ersten Planungsschritt
- usw.

Alle Fakten öffentlich zu machen bedeutet: die Grundlagen für die demokratischen Beteiligungsrechte der BürgerInnen zu liefern und Mitbestimmung zu ermöglichen, Manipulation und Korruption zu erschweren. Steuerverschwendung wird vorgebeugt, Misstrauen abgebaut, Vertrauen in Politik und Verwaltung gestärkt, Verwaltungsabläufe letztlich vereinfacht.







# Echte Bürgerbeteiligung

Bürgerbeteiligung in Kiel ist zur Zeit bestenfalls eine Infoveranstaltung mit der Gelegenheit, Fragen zu stellen. Das Bauvorhaben XY wird von einem Vertreter des Planungsamtes, dem beauftragten Architekturbüro und gegebenenfalls dem Investor als richtig und wichtig vorgestellt. Wenn jemanden dazu schnell und spontan etwas einfällt, darf sie/er Nachfragen stellen. Dabei sieht die Verteilung zwischen den Vorstellern und den „Beteiligten“ so aus: Die Planer sitzen auf dem Podium, haben vielleicht sogar ein Mikrofon in der Hand und kommentieren jederzeit, was aus dem Publikum kommt. Das „beteiligte Publikum“ sieht die Pläne zum ersten Mal. Zeit und ausreichender Raum für Diskussionen oder die Entwicklung eigener Ideen und Wünsche durch die Betroffenen sind nicht vorgesehen. Das Vorhaben soll ohnehin wie geplant

umgesetzt werden. Politik, Verwaltung und Investor können so aber hinterher sagen (bzw. in die Gesamtstadt kommunizieren), man habe informiert und BürgerInnen beteiligt.

Bürgerbeteiligung wird gezähmt und kanalisiert, indem ihr eine kleine, nebensächliche Spielwiese auf dem großen Feld der Planung zugestanden wird.

Bürgerbeteiligung ist Beschäftigungstherapie und Ablenkungsmanöver. Die Gesamtidée steht nie zur Debatte. So werden beispielsweise Arbeitsgruppen zu verschiedenen Themenbereichen gegründet. Alternative Planungen werden nicht angeboten.

Die Inhalte und Arbeitsformen sind fremdbestimmt und damit immer manipulativ.

Das Stadtplanungsamt lud im März zur Veranstaltung „Die Zukunft am Wasser Wohnen in einem maritimen Umfeld MfG 5-Areal in Kiel Holtenau“ im Ratssaal ein. Versprochen war: „Diskutieren Sie mit uns. In dieser Veranstaltung sucht die Stadtverwaltung den breiten Dialog mit der Bevölkerung über die Veränderungen in der Stadt und insbesondere auf dem MfG5-Areal“.

Aber statt des angekündigten Dialogs gab es nur begrenzt die Möglichkeit, Fragen zu stellen. Ein gleichberechtigter demokratischer Dialog funktioniert anders, als begrenzt Fragen stellen zu können.

Obwohl die städtische Politik sich seit ge-

raumer Zeit gern mit der „Bürgerbeteiligung“ schmückt, zeigt dieses Beispiel, was damit bestenfalls gemeint ist - eine Infoveranstaltung mit der Gelegenheit, Fragen zu stellen. Von Bürgerbeteiligung oder gar Einflussnahme auf die zu treffenden Entscheidung keine Spur. Politik als Show – Bürger als Statisten.

Es ist deutlich, dass die örtlichen Parteipolitiker und die Verwaltung Beteiligung als etwas verstehen, bei dem alles so bleiben kann, wie es ist und man jetzt halt einfach etwas dranhängt, das man „Beteiligung“ nennt.

Eine „Beteiligung“, die einfach an vorhan-

dene Abläufe und Entscheidungswege „angehängt“ wird, hat gar nichts mit Beteiligung zu tun, solange sie nicht die Wege der Entscheidungsfindung verändert. Beteiligung bedeutet auch die Veränderung der Verwaltungsstruktur und -kultur. Sie ist ein unabdingbarer Schritt zur Demokratisierung.

Die Erkenntnis, dass Beteiligung ein zentrales Merkmal unserer Demokratie ist, ist mehr als vierzig Jahren alt. Sie erinnern sich an die Regierungserklärung von Willy Brandt vom 28.10.1969? „Wir wollen mehr Demokratie wagen. [...] Mitbestimmung, Mitverantwortung in den verschiedenen Bereichen unserer Gesellschaft werden eine bewegende Kraft der kommenden Jahre sein. [...] Wir stehen nicht am Ende unserer Demokratie, wir fangen erst richtig an“.

Die Kommune (hier die Stadt) wird aus gutem Grund die Wiege der Demokratie genannt. Hier vor Ort wird das gesellschaftliche Leben und die gestaltende Politik für jeden greifbar. Bürgerinnen und Bürger sind entscheidend für das demokratisches Leben der Stadt. So sollte es sein, aber wir alle wissen, dass die Wirklichkeit anders aussieht.

Mitsprache - sprich Bürgerbeteiligung - muss deshalb wieder neu, transparent als ein ständiges Angebot organisiert, verfahrensmäßig gesichert, ja institutionalisiert werden. BürgerInnen sind nicht nur die Betroffenen von Rathauspolitik und Verwaltung, sondern deren legitime Auftraggeber. Sie müssen an kommunalen Planungs- und Entscheidungsprozessen wirklich teilhaben.



Zu den Aufgaben einer demokratischen Stadt gehört es auch, die BürgerInnen an die Aufgaben und Probleme ihrer Kommune heranzuführen und ihnen die Möglichkeit zu eröffnen, sich mit der Stadt, ihren Planungen und ihren Entscheidungen zu befassen und bestenfalls auch zu identifizieren.

Demokratische Stadtpolitik darf sich nicht auf den Rat der Stadt und die Verwaltung beschränken; sie muss die Menschen in der Stadt und ihren Stadtteilen ins Geschehen einbeziehen und so zu einer wirkungsvollen und dauerhaften Demokratisierung unserer Stadtgesellschaft beitragen. Nur wenn ihr das gelingt, ist sie wirklich demokratisch und legitim.

Das setzt voraus:

- BürgerInnen erhalten über ein umfassendes Informationssystem Zugang zu Fakten, welche für anstehende Entscheidungen der Kommune von Bedeutung sind.
- Die Bedürfnisse der BürgerInnen werden zum bestimmenden Kern Kieler Kommunalpolitik.
- Das "Herrschaftswissen" in Verwaltung und Politik wird nicht länger manipulativ gegen die BürgerInnen eingesetzt, sondern steht als Information für die Realisierung gemeinsam erarbeiteter Ziele zur Verfügung.
- Die rechtzeitige, weil frühzeitige und vorherige Information der BürgerInnen ist bei allen Planverfahren sicherzustellen. Die Unterrichtung der BürgerInnen muss schon bei der Problembeschreibung, spätestens aber bei der Vorplanung beginnen und systematisch fortgesetzt werden.

- Zielformulierungen und Folgenabschätzungen für die Lebensbedingungen sowie denkbare Projekt-Alternativen sind verständlich darzulegen und werden in einem ergebnisoffenen Prozess diskutiert und abgestimmt.
- Die Beteiligung der BürgerInnen ist institutionell zu gewährleisten. Dabei sind unterschiedliche Formen von institutioneller BürgerInnenbeteiligung zu entwickeln und zu erproben.
- Zur Unterstützung der BürgerInnen-Interessen beim Aufbau eines kommunalen Kieler Informationsregisters und der Umsetzung umfassender Bürgerbeteiligung wird ein von Weisungen der Verwaltung unabhängiges Ombuds-Büro, vergleichbar dem der Gleichstellungsstelle, eingerichtet.
- Die Verwaltung hat Information und Beteiligung der BürgerInnen, insbesondere den Aufbau eines Informationsregisters sowie den Fortgang des Entwicklungsprozesses sicherzustellen. Sie arbeitet dabei vertrauensvoll dem Ombuds-Büro zu bzw. mit ihm zusammen. Dieses berichtet dazu regelmäßig, mindestens jedoch alle 6 Monate, im Rat der Öffentlichkeit.

Eine Beteiligung, die einfach an vorhandene Abläufe und Entscheidungsketten „angehängt“ wird, hat gar nichts mit Beteiligung zu tun, solange sie nicht die Wege der Entscheidungsfindung verändert.

Beteiligung bedeutet auch die Veränderung der Verwaltungsstruktur und -kultur. Sie ist ein unabdingbarer Schritt zu einer Stadt der Zukunft.



## Kinder- und Jugendbeteiligung

Die Beteiligung junger Menschen bedeutet, Kinder und Jugendliche als Experten und Expertinnen in eigener Sache wirkungsvoll in politische, planerische und zukunftsorientierte Entscheidungs- und Gestaltungsprozesse einzubeziehen, die ihre Lebenswelt berühren.

Die Stimme von Kindern und Jugendlichen zu hören, wenn es um ihre Lebenssituation geht, ist immer sinnvoll und hilfreich. Es kommt daher darauf an, Personen und Institutionen, die es wagen, Kindern und Jugendlichen direkte Partizipationsmöglichkeiten in ihren Belangen zu eröffnen, in ihren Aktivitäten zu ermuntern und insbesondere neue kreative Ansätze auf allen Ebenen zu unterstützen.

So unterschiedlich die Formen von Partizipation (die von Fremdbestimmung und Dekoration bis zu Selbstbestimmung und Selbstverwaltung reichen) auch sind, sie haben eines gemeinsam: Unabhängig von der Intention des ursprünglichen Ini-

tiators entwickeln junge Menschen im Beteiligungsprozess eigene Ansprüche und sind bestrebt, ihre Handlungsspielräume zu erweitern. Diese Erfahrung fordert heraus, jeden Partizipationsansatz erst einmal zu fördern.

Deshalb sind Beteiligungsverfahren einzuführen, zu erproben und eigene Erfahrungen zu machen, um der Vorgabe der

**Politik für Kinder bzw. Jugendliche muss auch Politik von und mit Kindern bzw. Jugendlichen sein.**

Gemeindeordnung gerecht zu werden.

Kindern und Jugendlichen Gehör zu verschaffen, ihre Stimme bei politischen Entscheidungen ernst zu nehmen und zu berücksichtigen, muss zu einer Selbstverständlichkeit werden.

Die Beteiligung von Kindern und Jugend-

lichen an politischen und gesellschaftlichen Angelegenheiten ist für die Stabilisierung und Zukunftsfähigkeit eines demokratischen Gemeinwesens unverzichtbar und trägt wesentlich dazu bei, jungen Menschen den Wert demokratischer Interessenvertretungs-, Konfliktlösungs- und Aushandlungsprozesse zu vermitteln.

Durch das frühzeitige Erlernen demokratischer Prinzipien sowie durch die Förderung von Verantwortungsbereitschaft und Solidarität kann der Ausbreitung antidemokratisch radikaler Haltungen entgegengewirkt werden.

Positive Beteiligungserfahrungen in Kindheit und Jugend fördern in erheblichem Maße die Fähigkeit zur kontinuierlichen, produktiven Reflexion und zur flexiblen Mitgestaltung der eigenen Lebensbedingungen. Sie unterstützen des Weiteren die Bereitschaft zu einem solidarischen, friedlichen Zusammenleben mit anderen Menschen.



# Städtische Kulturpolitik



Kultur ist die Grundlage unserer Gesellschaft, also ist Kultur die Grundlage des Zusammenlebens aller Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt.

Die städtische Kulturpolitik muss in Zukunft einen anderen Wertekanon widerspiegeln. Städtische Kulturpolitik soll als Ziel eine nachhaltige Entwicklung kultureller Vielfalt auf der Grundlage einer demokratischen Stadtgesellschaft sichern, unter Einbeziehung aller Menschen.

Ästhetische Bildung und Kulturförderung sollen nicht nur traditionelle Kunstsparten, sondern auch Subkulturen, Aktionen und neue Formen der Kultur berücksichtigen.

Vielen Kielern ist es aufgrund ihrer sozialen Lage nicht möglich am Kulturleben teilzunehmen. Die städtische Kulturpolitik hat sich durch zielgruppenspezifische Angebote, verbunden mit sozialen Kriterien der Aufgabe zu stellen, Teilhabe zu ermöglichen.

Von der Kita bis zum Abschluss der Schulbildung, soll durch die Gewinnung von Kulturlotsen, der Zugang zur Kultur aller Sparten, die Voraussetzung zur Erfahrung und kultureller Selbsttätigkeit ermöglicht werden.

Wir setzen uns ein für:

- kulturelle Vielfalt und Teilhabegerechtigkeit als Leitziele kulturpolitischen Handelns
- Vermittlung von Medienkompetenz als Grundlage kritischen, selbstbestimmten Nutzens kultureller Angebote
- die Verbesserung der ökonomischen Bedingungen für Kulturschaffende

- Bürgerbeteiligung an Planungsprozessen der städtischen Kulturpolitik

Die städtische Kulturpolitik ist ein originäres Politikfeld in öffentlicher Verantwortung. Das Ziel muss deshalb sein, im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung kulturelle Vielfalt und künstlerische Freiheit als Grundlagen einer demokratischen Stadtgesellschaft zu sichern und möglichst vielen Menschen den Zugang zu Kunst und Kultur als einer wichtigen Voraussetzung der Selbst- und Weiterführung, von kultureller Selbsttätigkeit und künstlerischer Kreativität zu ermöglichen.

**Wir sollten nicht fragen, was es kostet, in Kultur zu investieren. Wir sollten fragen, was es kostet, wenn wir es nicht tun. (Charles Landry)**

Mit einer auf Wachstum orientierten Politik können die anstehenden Krisen nicht bewältigt werden. Vielmehr wird so zunehmend die natürliche Umwelt gefährdet. Die soziale Selektivität der Kulturangebote in Kiel wächst. Vielen Menschen ist es aufgrund ihrer sozialen Lage faktisch nicht möglich, am Kulturleben teilzunehmen.

Die städtische Kulturpolitik ist dem Prinzip der Teilhabe verpflichtet. Dazu gehören auch zielgruppenspezifische Angebote sowie eine an sozialen Kriterien orientierte Eintrittspreisgestaltung.

Die in der Kreativwirtschaft Tätigen dürfen nicht durch prekäre Beschäftigungsverhältnisse in ihrem Schaffen beeinträchtigt werden. Der größte Teil der Kreativen sind als Selbstständige oder Kleinunternehmer tätig und leben unterhalb der Armutsgrenze.

Städtische Kulturpolitik hat die Aufgabe, die Voraussetzungen für kreative Milieus zu schaffen, die Künstler und Kulturschaffende für ihre Arbeit benötigen. Dazu gehören differenzierte Kulturförderkonzepte ebenso wie die Bereitstellung von Räumen.

## Kulturelle Bildung und mediale Teilhabe

Kulturelle Bildung – vor allem für Kinder und Jugendliche, aber auch für Erwachsene muss eine Kernaufgabe städtischer Kulturpolitik sein, weil sie wesentliche Voraussetzung für kulturelle Teilhabe schafft.

Kulturelle Bildung kann sich nicht auf einen traditionellen Kunstkanon beschränken, sondern neue jugend- und subkulturelle Aktions- und Teilhabeformen einbeziehen

Medienkompetenz ist Teil der kulturellen Bildung. Vor allem für die jüngere Generation spielt die digitale Medienwelt eine wichtige Rolle für ihre kulturelle Teilhabe. Die Einrichtungen der außerschulischen kulturellen Kinder- und Jugendbildung, die Schulen, aber auch die kulturpädagogischen Konzepte der Kulturinstitutionen müssen sich dieser Herausforderung stellen.



## Bezahlbares Wohnen



1999 verkaufte die Stadt Kiel mit der KWG einen ganz großen Teil ihres Tafelsilbers. Der SPD-Fraktionsvorsitzende J. Fenske sagte in der Ratsversammlung am 10.06.1999, der Verkauf sei „eine Chance, die wir uns nicht entgehen lassen dürfen“. Die SPD handle „nicht aus finanzpolitischer Begründung“, sondern „im Interesse der Mieter“. Laut SPD sollte das Angebot an preiswertem Wohnraum eine wichtige Aufgabe der Stadt Kiel bleiben, aber die Stadt Kiel brauche dafür keine eigene Wohnungsbaugesellschaft, weil es „andere Instrumente“ gäbe, um auch für sozial Schwächere günstigen Wohnraum

vorzuhalten.

Es wurde unter anderem argumentiert, der Verkauf der KWG trüge zu einer deutlichen Haushaltskonsolidierung bei. Oberbürgermeister N. Gansel (SPD):

„Wir machen Politik, damit aus Sozialhilfeempfängern wieder Arbeitnehmer werden, die, sofern sie arbeitsfähig sind, ihre Miete selbst bezahlen können.“ Unter „veränderten Bedingungen“ sei das der Kurs der SPD auf dem Weg „unserer guten alten Werte“.

Am 08.07.1999 beschloss die Kieler Ratsversammlung den vorbehaltlosen Verkauf der KWG an die Hamburger

Spekulantenfirma WCM.

Der Verkauf stieß auf massive Kritik: „Daneben ist es nach Auffassung des Mietervereins an der Zeit, daß die verantwortlichen Politikerinnen und Politiker in dieser Stadt an ihrem Demokratieverständnis feilen; die drohende Beschädigung demokratischer Mitbestimmungsrechte von Kiels Bevölkerung im Umfeld eines Beschlusses, der so tiefgreifend in das Sozialgefüge dieser Stadt eingreift, ist kein Ruhmesblatt.“, so der Kieler Mieterverein am 02.07.1999.

Seit dem Verkauf des städtischen Wohneigentums - also seit über zehn Jahren - liegt der Wohnungsbau in Kiel brach. 1997 wurden noch Baugenehmigungen für 1.505 neue Wohnungen beantragt. Seit 2000 sind es gerade einmal ca. 300 Einheiten jährlich.

Der Wohnungsbestand ist seit dem Jahre 2004 von 130.049 um 1.700 auf 131.749 Einheiten gestiegen. Die Zahl der Privathaushalte, die letztlich die Wohnraumnachfrage bestimmen, ist im gleichen Zeitraum von 128.634 um 8.208 auf 136.842 gestiegen.

Die Diskrepanz zeigt, wie stark die Wohnraumversorgung hinter der Entwicklung der Haushaltszahlen zurückbleibt.

Schon 2011 lag die Zahl der Haushalte um 5.093 höher, als die Zahl der verfügbaren Wohnungen.

Nicht nur dieses Beispiel belegt, dass der Verkauf des städtischen Wohnungsbe-

standes an Finanzinvestoren ein schwerwiegender Fehler war.

Es schadet dem gesamten Kieler Mietwohnungsmarkt erheblich, dass die Wohnungsbestände praktisch aller großen, ehemals gemeinnützigen Wohnungsunternehmen bei Finanzinvestoren gelandet sind. Die Finanzinvestoren betreiben die Strategie, die Wohnungsbestände wirtschaftlich „auszubeuten“ und die Instandsetzung zu vernachlässigen. Das Gebot der Modernisierung existiert für die Finanzinvestoren nicht. Verkauft wurden:

- KWW GmbH (ca. 11.000 Wohnungen), vorwiegend auf dem Ostufer. Der Bestand ist weiter aufgeteilt worden und wird von den neuen Eigentümern zum Teil nur unzulänglich gepflegt.
- Kieler Wohnungsbaugesellschaft mbH mit Mietwohnungsbeständen

vorwiegend in Gaarden und in Mettenhof (2.000 Wohnungen).

Das Unternehmen ist nach mehreren Zwischenverkäufen bei Vitus Immobilien gelandet, die zu großen Teilen dem Finanzinvestor Round Hill LLC gehört und von diesem weisungsabhängig ist.

• SIG AKTIENGESELLSCHAFT, DIE ÜBER DAS STADTGEBIET VERSTREUT LIEGT MIT SCHWERPUNKTEN IN METTENHOF UND PROJENDORF. DER BESTAND IST BEI DER DEUTSCHEN ANNINGTON GELANDET.



Die Kieler Wohnraumnot ist bei den Parteien angekommen. Sie reagieren mit kurzfristigem Aktionismus statt klugem Konzept. Schnell will das Land 35 Mio. Euro an private Wohnungsgesellschaften ausschütten und damit die geschrumpfte Zahl preisgebunder Wohnungen in der Landeshauptstadt aufstocken. Und die Stadt will attraktive Baugrundstücke beisteuern. Das ist viel Wahlwerbung. Ob diese Summe binnen 20 Monaten verbaut werden wird, ist mehr als fraglich. Dabei sollen die Bauherren nur 15 % der Baukosten selbst beisteuern. Welch eine Steuer-Subvention an die Wohnungswirtschaft (Finanzinvestoren), die mit Mietpreissteigerungen den KielerInnen bereits am meisten geschadet hat.

Weshalb wird nicht öffentlicher Wohnraum finanziert, bei günstigeren Kommunalkrediten und ohne Zuschläge für Unternehmerrisiko und Unternehmerrisiko? Weil das Land darauf besteht, dass dieses Geld an Private geht. Niemand will sich daran erinnern, dass die Stadt eine große Wohnungsbaugesellschaft besaß, deren Tausende Wohnungen sie für schnelles Geld samt Mietern verkauft hat.

Jetzt ist wohl jeder/m klar: Dieser Verkauf war kurzfristig und unwirtschaftlich. Aktuell sorgt das Fehlen an öffentlichen Wohnungen für einen sich schrittweise verschärfenden Konkurrenzkampf um preiswerte Wohnungen, bei steigenden Mieten. Die späte Zeche für den städtischen Ausverkauf tragen also die BürgerInnen - aber auch die Stadt für mehr Wohngeldaufwendungen.

Außerdem fallen durch Zeitablauf immer mehr Wohnungen aus der Sozial- sprich

Preisbindung. Aktuell liegt der Bestand an öffentlich gefördertem Wohnraum in Kiel bei rund 9.400 Wohnungen. Noch beschleunigt durch in 2009 gesetzlich verkürzte Bindungsfristen wird der Bestand Ende 2013 auf 6.200 sinken.

Die Steuer-Millionen, die jetzt an Private ausgeschüttet werden sollen, können weder schnell noch zahlenmäßig all die Sozialwohnungen ersetzen, die fortlaufend aus der Mietpreisbindung gefallen sind.

Dieser Verlust an preisgebundenen Wohnungen bedeutet Dramatik pur für die BürgerInnen der Landeshauptstadt. Schließlich wird so Druck für zusätzliche Mieterhöhungen erzeugt. Und das ausgerechnet im Marktsegment kleiner und preiswerter Wohnungen. Transferleistungsbezieher, Haushalte mit einem Einkommen knapp oberhalb der Leistungsgrenzen und studentische Haushalte stehen in unmittelbarer Konkurrenz zueinander. Der privat organisierte Wohnungsmarkt wird dies, selbstverständlich selbstregulierend, zu nutzen wissen.

Zudem war absehbar, dass es zu Insolvenzen kommen wird, wenn die Investoren ihre Wohnungsbestände so weit ausgezehrt haben, dass sie wegen anstehender Sanierungen keine Rendite mehr abwerfen. Das zeigt das aktuelle Beispiel Avege, bei dem die Bewohner von 674 Wohnungen alleingelassen sind.

Um weiterem Substanzverlust entgegenzuwirken, muss die Stadt Druck auf die sogenannten Investoren ausüben, die ihre Bestände vernachlässigen. Dazu schlagen wir eine städtische Wohnungsaufsicht vor.

Kiel braucht mindestens 12.500 mietpreisgebundene Wohnungen in der Stadt.

Der akute Mangel

treibt die Mietobergrenze nach oben. Dies wiederum sorgt für das Ansteigen der Transferleistungen (Wohngeld, Kosten der Unterkunft). Schon jetzt ist klar, dass die Stadt Kiel in den nächsten Jahren für die hausgemachten Mietpreissteigerungen teuer bezahlt.

Die Stadtpolitik hat das Wohnungsthema erst zur Kenntnis genommen, als es nicht mehr zu leugnen war. Nun reagiert sie mit einer weiteren Privatisierung des Wohnungsangebotes - und verschärft damit die Situation.

Aus der : Ist es realistisch, zu fordern, dass die Bundesregierung die Finanzkrise der Banken einfach haette ignorieren sollen? Umverteilung von öffentlicher Hand zu privaten Wohnungsgesellschaften heraus hilft allein der Aufbau eines kommunalen Wohnungsbestandes. Die dämpfende Wirkung auf das Mietniveau und Einsparungen von Transferleistungen sind dabei das entscheidende Argument. Darüber hinaus ist ein zukunftsgerichteter Neu- oder Umbau (z.B. altengerechte Wohnungen, Generationen übergreifendes Wohnen) mit einem eigenen städtischen Unternehmen zielgerichteter zu erreichen.

Diese Neuorientierung in der Wohnungspolitik wollen wir flankieren mit:

- Ausrichtung aller wohnungspolitischen Maßnahmen nach einem Gesamtkonzept,
- Etablierung einer konsequenten Wohnungsaufsicht,
- regelmäßige Berichterstattung zur Wohnungs- und Mietensituation im Rathaus der Stadt.

# Kluge Bildung



Die städtischen Politikerinnen und Politiker betonen wie ihre Kollegen auf Bundesebene seit Jahren, dass Bildung eine Investition in die Zukunft ist. Im krassen Gegensatz zu dieser Einsicht steht aber, dass allein an Kieler Schulen ein Sanierungstau in Höhe von aktuell 140 Millionen Euro entstanden ist. Das zeigt sehr deutlich, wieviel ihnen tatsächlich an der Bildung liegt.

Es ist originäre Aufgabe der Stadt, Infrastruktur und Ausstattung für Schulen bereit zu stellen. Dazu gehören benutzbare Schulgebäude ebenso wie sichere Schulwege. Wenn jetzt davon gesprochen wird, marode Räumlichkeiten zu sanieren, ist das zwar ein nettes Versprechen. Es sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, durch welches Versagen dieser unsägliche Reformstau überhaupt erst entstanden ist.

Unsere Lehrkräfte haben laut Schulgesetz einen Bildungs- und Erziehungsauftrag wahrzunehmen, demzufolge Bildung mehr darstellt als die Summe messbarer Lernergebnisse. "Der Bildungsauftrag der Schule ist ausgerichtet an den im Grundgesetz verankerten Menschenrechten, den sie begründenden christlichen und humanistischen Wertvorstellungen und an den Ideen der demokratischen, sozialen und liberalen Freiheitsbewegungen." (Schleswig-holsteinisches Schulgesetz §4, Abs. 2).

Wie und wo aber können religiöse und humanistische Wertvorstellungen und Ideen der demokratischen, sozialen und liberalen Freiheitsbewegungen gelehrt und erlernt werden, wenn in den Schulen Zeit, Material und Hilfestellung fehlen? Wie können junge Menschen zu mündigen Bürgerinnen und Bürgern gemacht werden, die eigenverantwortlich über ihr Leben entscheiden sollen,

wenn Bildung nur noch reduziert wird auf ein effizienzorientiertes „Fitmachen“ für den Markt?

Der Sanierungstau an den Kieler Schulen zeigt deutlich, dass es schon lange nicht mehr darum geht, ein ganzheitliches Menschenbild zu etablieren. Marode Schulgebäude, zubetonierte Pausenhöfe, kaputte Treppenhäuser, undichte Dächer usw. zeigen deutlich, dass es im Augenblick nur darum geht, Kinder und Jugendliche durchzuschleusen. Die betroffenen Schülerinnen und Schüler merken sehr wohl, dass bei ihnen nach dem Motto "Was nichts kostet, ist nichts wert" verfahren wird. Welches Signal sendet die Stadt hier an Kinder und Jugendliche, deren Bildung ihr angeblich so am Herzen liegt?

**WIR** in Kiel wollen, dass schleunigst ein Umdenken stattfindet. Sonst verlieren wir bereits innerhalb kürzester Zeit sehr viele junge Menschen, die sich aktiv an der Stadtentwicklung beteiligen können und wollen.

Auch bei den aktuellen Schulreformen geht es vorrangig um betriebswirtschaftliche Effizienz, Konkurrenz und Verwertbarkeit. Den Preis zahlen unsere Kinder und Jugendlichen, ihre Eltern, unsere Lehrkräfte und Schulen. Den Preis zahlen wir alle.

**WIR** vertritt ein emanzipatorisches Verständnis von Bildung im Sinne einer umfassenden Persönlichkeitsentwicklung. Bildung ist eben mehr als nur Vermittlung von zum Broterwerb nützlichem Wissens. Bildung dient auch dem "Wahren, Schönen und Guten", ist eben gerade auch Herzens- und Geistesbildung.

**WIR** stehen deshalb für Bildungsgerechtigkeit für alle Kinder und Jugendlichen ein.

Wird Schülerinnen und Schülern genügend Zeit zum Verinnerlichen des Lernstoffs gegeben, sind Unterrichtsmaterialien ausreichend vorhanden und bietet man Hilfestellung dort an, wo sie benötigt wird, erübrigt sich auch die Forderung nach der "Chancengleichheit".

Auch an den Kieler Schulen gibt es zu große Klassen, Lehrermangel, Umstellung auf G8, Überlastete und schlecht bezahlte Aushilfskräfte in Ganztagschulen, eingeschränkte Bildungschancen für finanziell Benachteiligte, steigenden Nachhilfededarf, Gewalt unter Schülern etc.

Der Bildungserfolg darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Unter Beteiligung aller Akteure wollen wir dem entgegenwirken.

**WIR** wollen keine Bildungsregion nach dem Vorbild der Bertelsmann-Stiftung, sondern ein eigenständiges Kieler Bildungskonzept.

**WIR** wollen einen Kieler Bildungsbericht, der ohne interessengeleitete Vorgaben von außen aufzeigt, welche Problemfelder die Betroffenen selbst sehen.





Alle Jahre wieder erscheint der Integrationsbericht der Stadt Kiel. Dieser Bericht zählt Maßnahmen auf und bildet Bedarfe ab. Beides ist jedoch meilenweit entfernt von einer wirklichen Integrationsleistung. Die plumpe Aufzählung sagt nichts über die tatsächlichen Integrationsleistungen, die ja angeblich verbessert werden sollten.

Feststellungen darüber, ob der Integrationsprozess (bzw. die Integrationsprojekte) gelingt oder scheitert und ob die ergriffenen Aktivitäten Sinn machen oder nicht, tauchen im Bericht nicht auf. Es werden Modellprojekte mit befristeter Beschäftigung gerechtfertigt, obwohl von Anfang an klar ist (teilweise sogar als Bedingung der Genehmigung von Fördermitteln), dass das Projekt nur ein befristetes Modell ist, bei dem von einer Anschlussfinanzierung eben nicht ausgegangen werden kann. Also muss danach ein neues Projekt her. So reiht sich dann ohne Ziel Projekt an Projekt.

Neu und peinlich ist, dass erst jetzt «die interkulturelle Kompetenz als Schlüsselkompetenz» herausgestellt wird, die «in hohem Maß als Erfolgsfaktor für vorbildliches kommunales Integrationsmanagement» dient. Verstanden? Ist es nicht prima, dass die Akteure darauf kommen, dass interkulturelle Kompetenz irgendwie wichtig ist. Es wird viel geschwafelt, aber letztlich nichts gesagt. Ziele benennen und überprüfen - Fehlanzeige. Was bleibt sind allenfalls ein paar Sätze fürs «Politikmarketing» und ungenügende Umsetzungen der Absichten.

Bei der Frage: „In der Landeshauptstadt Kiel sind Menschen mit Migrationshintergrund gut integriert“ ergab die Auswertung der Bürgerinnen- und Bürgerbefragung im Auftrag der Landeshauptstadt Kiel, dass nur 14,1% finden, dass dies zutrifft. „Befragte mit Migrationshintergrund urteilten etwas kritischer als diejenigen ohne Migrationshintergrund.“

Zuwanderung und ethnische Vielfalt gehören zu einer Stadt. Dadurch wird die Stadtgesellschaft dynamisiert und vielfältiger.

Die Studie des Marktforschungsinstituts Sinus Sociovision für den Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung zeigt das Bild einer blockierten Teilhabe. Dies betrifft insbesondere die Bereiche der Bildung und der bürgerschaftlichen Beteiligung. Die Zahlen des jährlichen Sozialberichtes der Stadt Kiel zeigen, dass dies auch für unsere Stadt gilt.

Dabei bringen die sogenannten Migranten eine ausgeprägte Bereitschaft mit, sich aktiv in die Gesellschaft einzubringen. Trotzdem werden die Potentiale im Bildungsbereich nicht ausgeschöpft. Das gilt auch im Bereich der lokalen Beteiligung, wie nicht zuletzt die Umfrage belegen hat.

Bildung und lokale Beteiligung sind nicht nur Mittel zum Zweck, sondern in kultureller Hinsicht ein Integrationsmotor. Lokale Partizipation fördert interkulturelle Kontakte.

## Integration

**WIR** setzen uns für eine Stadt ein, die die ethnische, kulturelle und religiöse Vielfalt ihrer Bürgerschaft akzeptiert, wertschätzt und möglich macht.

Es geht darum, gerade die Potenziale der «Communities» selbst für eine bessere Integration der hier lebenden Migranten zu nutzen. Das geht nur, wenn die Migranten im Zuge einer kulturellen Öffnung eingebunden werden.

Die Anerkennung der multikulturellen Realität ist ein Gebot städtischer Kultur und ökonomischer Entwicklung. Deshalb gilt es, die kulturelle Vielfalt produktiv zu gestalten und ein kooperatives stadtgemeinschaftliches Selbstverständnis zu etablieren.

**WIR** sind konsequent gegen Diskriminierung und Benachteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund.

**WIR** werden gemeinsam mit den unterschiedlichen Milieus ein Teilhabe-Inklusionskonzept für Kiel entwickeln.

Begegnungs- und Wohnstätten für Menschen, die sogenannten Minderheiten angehören, sind nach der Auffassung von **WIR** mit diesen gemeinsam zu konzeptionieren - so z.B. ein Haus der Kulturen.

# Die soziale Stadt ist mehr als ein Slogan



Sozialpolitik muss statt vom „Standort Kiel“ aus wieder stärker vom hilfebedürftigen Individuum her gedacht werden, das als BürgerIn über soziale Grundrechte verfügt, die der Staat zu garantieren hat.

Eine gute Stadtpolitik bemüht sich um die Lebensbedingungen der Menschen, die bereits in der Stadt leben. Ein Wettbewerb um gern gesehene Zuzüge verstellt den Blick auf die vorhandenen Aufgaben. Eine Stadtpolitik, die sozial, gerecht und ausgleichend sein will, muss jene Bevölkerungsgruppen zum Ausgangspunkt ihrer Politik machen, die derzeit wirtschaftlich, sozial oder kulturell ausgegrenzt oder von Ausgrenzung bedroht sind. Sie in ihren Nachbarschaften und Stadtteilen besonders zu fördern wirkt unmittelbar und ausgleichend.

Für die örtliche Schulpolitik zum Beispiel heißt das, mehr Finanzmittel für LehrerInnen und SozialarbeiterInnen, für zusätzliche Sprachförderung und vieles andere mehr. Ähnlich müssen die Mittel für Einrichtungen der Gesundheitsversorgung oder der Jugend- und Sozialarbeit für sozial benachteiligte Gebiete bereitgestellt werden. Über diese Förderung hinaus ist aber vor allem eines besonders wichtig: das Gespräch mit den BewohnerInnen, die von Benachteiligung und Ausgrenzung betroffen oder bedroht sind. Ihre Bedürfnisse und Erfahrungen zu erfassen und die betroffenen Menschen an der Stadtpolitik zu beteiligen, ist Aufgabe der Politik. Es geht nicht darum, Politik allein „helfend für“ diese Menschen zu machen. Es geht darum, Politik „aktivierend mit“ ihnen zu gestalten, damit sie auch am politischen Leben wieder teilha-

ben. Schließlich sind sie diejenigen, die in besonderem Maße von sozial-, wohnungsbau-, bildungs- oder arbeitsmarktpolitischen Rathaus-Entscheidungen und oft auch Nicht-Entscheidungen betroffen sind. Auch sind sie von Politik und Beteiligungsinstrumenten bisher am wenigsten erfasst und haben oftmals keine Stimme in der Öffentlichkeit.



Es genügt nicht, Vorstellungen zu formulieren, wie benachteiligten Wohngebieten und ihren BewohnerInnen „geholfen“ werden soll. Vielmehr müssen die Bedürfnisse und Forderungen der Einwohner vor Ort z.B. in Bezug auf die Schulausstattung, den öffentlichen Nahverkehr oder die Wohnungs- und Mietensituation in ihrem Quartier genau ermittelt werden. Eine stärkere Zielgruppenorientierung auch in der Beteiligung ist sinnvoller, als die bisherigen Beteiligungsmomente der Stadtplanung oder des Quartiersmanagements, die im Endeffekt doch vor allem ressourcenstarke Haushalte bei der Durchsetzung ihrer Interessen begünstigen.

Eine aktive Beteiligung benachteiligter

Bevölkerungsgruppen erfordert nicht nur eine angemessene Ansprache und bevorzugende Beteiligung bestimmter Zielgruppen, sondern wirksame Beteiligungsanreize und Mitbestimmung zu zentralen Fragen der Stadtplanung. Die Beteiligung der Betroffenen bereits an frühen Planungsprozessen ist eine Bringschuld der Politik.

Auf längere Sicht ist eine zukunftsfähige, sprich nachhaltige Entwicklung unserer Stadt nur möglich, wenn ein Ausgleich zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen einer Stadt und ihren unterschiedlichen Interessen erreicht ist. Funktionierende und lebendige Stadtquartiere, eine gute Gesundheits- und Bildungsversorgung, Sicherheit für alle BewohnerInnen - kurz die Lebensqualität der Stadt ist von der Integration aller Bevölkerungsschichten abhängig.

Und eine Politik, die dazu beiträgt, dass ausgegrenzte Bevölkerungsgruppen integriert werden und in andere gesellschaftliche Schichten aufsteigen können, verfolgt auch die Interessen von Bevölkerungsschichten, die bislang von Ausgrenzung und sozialem Abstieg nur bedroht sind.

Bessere Bildung in öffentlichen Schulen, bezahlbarer Wohnraum, weniger Arbeitslosigkeit und weniger Kosten für Sozialtransfer verbessern auch die Lebensbedingungen von StadtbewohnerInnen, die sich bislang nicht zu den Betroffenen von Ausgrenzung zählen. Die Wiederaneignung der Stadt durch die zur Zeit Ausgegrenzten und die von Ausgrenzung Bedrohten ist deshalb ein Parade-Projekt im Interesse einer Stadt voll Toleranz, Gemeinschaftssinn und Lebensqualität.



## Kinder und Jugendliche

„Die Zukunft gehört der Jugend – sobald diese alt ist“, so karikiert ein Aphorismus eine Haltung, die in vielen politischen Reden, Programmen und insbesondere praktischem Handeln deutlich erkennbar ist.

«Kiel ist eine kinderfreundliche Stadt» befanden nur 15,1% der Befragten in einer Umfrage der Landeshauptstadt Kiel im Jahr 2012. Sicherlich hatten sich die Macher der Umfrage, die unter dem Motto «Da geht was» stand, mehr versprochen. Aber nur eine «kinderfreundliche Stadt» auszurufen, genügt eben nicht, man muss auch Taten folgen lassen, die mehr sind als nur ein Verwaltungsverfahren.

Das Ziel der Kinderfreundlichkeit muss als sogenannte Querschnittsaufgabe etabliert werden, die in allen Bereichen regelmäßig abgeprüft wird. Hinzu kommt, dass die Prüfung meist nur das abprüft, was Erwachsene für kinderfreundlich

halten. Darum müssen Kinder an der Beurteilung dessen, was kinderfreundlich ist, teilhaben und über entsprechende Gestaltungsmöglichkeiten verfügen. Hier gibt es sehr viel zu tun.

Die Lebensvoraussetzungen für Kinder und Jugendliche unterscheiden sich stark und hängen oftmals vom Stadtteil ab, in dem sie aufwachsen. Das beginnt mit den unterschiedlichen Ausstattungen in den örtlichen Kindertagesstätten und Schulen und endet noch lange nicht mit vielerorts mangelnden Freizeitangeboten. Immer mehr Kinder und Jugendliche sind von Armut betroffen. Kinder und Jugendliche müssen als eigenständige Personen respektiert und akzeptiert werden. Ihre Teilhabemöglichkeiten in der Gesellschaft und in ihren individuellen Lebenszusammenhängen gehören deshalb gestärkt. Dazu zählen auch die Teilhaberechte von Kindern und Jugendlichen an Politik und Verwaltung. Aus diesem Grund

ist der Bereich Kindheit und Jugend eine wichtige Querschnittsaufgabe. Jedes Kind hat das Recht auf Förderung und Bildung von Anfang an – ganz unabhängig von der Geldbörse und dem sozialen Status seiner Eltern.

In einigen Stadtteilen ist mehr als jeder Zehnte der 15- bis 25-Jährigen arbeitslos. Wenn Kinder und Jugendliche psychosoziale Auffälligkeiten zeigen oder Straftaten begehen, muss man danach fragen, welche Perspektive sie haben: welche sinnvollen Freizeitangebote, welche Bildungsmöglichkeiten und welche Aussicht auf ein Leben, in dem ihre materiellen und seelischen Grundbedürfnisse befriedigt werden. Man muss danach fragen, ob ihnen die Bedingungen für ein unbeschadetes Aufwachsen gegeben werden. Diese Bedingungen zu schaffen und zu sichern, ist eine gesellschaftliche Aufgabe.



# Kinderarmut



Obwohl von vielen Organisationen thematisiert, ist das Problem Kinderarmut immer noch nicht in der öffentlichen Diskussion in Kiel angekommen. Kinderarmut tauchte zwar bei den letzten Kommunalwahlen auf, aber danach herrschte Schweigen und Wegschauen bei den politisch Verantwortlichen.

Kinderarmut kommt bei uns nicht spektakulär daher und es wird schnell versucht, die Schuld dafür den Eltern betroffener Kinder in die Schuhe zu schieben. Betroffen sind vor allem die Kinder von Alleinerziehenden (überwiegend Frauen) und kinderreiche Familien, deren Haushaltseinkommen zu gering ist, um den Unterhalt von Kindern zu bestreiten.

In Kiel wächst ein Drittel der Kinder in Armut auf. Ein erster notwendiger Schritt ist deshalb die öffentliche Anerkennung des Problems: Ja, es gibt Kinderarmut bei uns in Kiel. Und ja, dies ist ein Skandal!

Hier sind alle Wege zu nutzen, um auf Landesebene eine Verbesserung der materiellen Ausstattung der von Armut betroffenen Kinder zu erreichen. Ziel muss eine materielle Versorgung der Kinder sein, die ihnen eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht. Viele Organisationen und Verbände haben bestehende Regelungen analysiert und als unzureichend eingestuft. Alle setzen sich mit unterschiedlichen Modellen für eine deutliche Erhöhung der Leistungen ein und fordern eine völlige Neuberechnung der Bedarfe für Kinder. Notwendig ist eine öffentliche Kampagne, die sich für eine elternunabhängige Grundsicherung für Kinder einsetzt.

Eine wichtige Voraussetzung für den Weg

aus der Kinderarmut ist die Erwerbstätigkeit der Eltern und eine möglichst früh beginnende Bildungsförderung. Um hierfür die Voraussetzungen zu verbessern, müssen alle Formen von Betreuungseinrichtungen für Kinder, insbesondere im Altersbereich von 0 bis 3 Jahren, erweitert werden. Die bisherigen Planungen der Stadt Kiel sind auf dieses Ziel hin zu überprüfen und ggf. durch eine Bedarfsermittlung zu ergänzen.

Auch bei Kindern aus Migrantenfamilien führt die Armut wie bei allen Betroffenen schnell zu Fehlentwicklungen im Bildungs- und Ausbildungsbereich. Um der besonderen Problematik gerecht zu werden, ist ein umfassendes Konzept notwendig, das über den Rahmen der kommunalen Sozialpolitik hinausgeht. Auch hier ist es das Ziel, den Kindern eine gerechte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen und dafür die Voraussetzungen zu schaffen.

Die Stadt Kiel stellt in ihrem Sozialbericht die Daten über das Ausmaß der Kinderarmut in Kiel zwar dar, die Daten über die Verteilung sind jedoch unzureichend. Damit fehlen die Grundlagen für effiziente Konzepte einer nachprüfaren Bekämpfung und Prävention von Kinderarmut.

## WIR wollen

- ein Pilotprojekt zum Thema Kinderarmut in Kiel, das eine neue Form der Armuts- und Reichtumsberichterstattung in Kiel erprobt. Bei diesem Ansatz geht es über die reine Datenerhebung hinaus um die Aufbereitung der Daten und daraus abgeleitete, öffentlich diskutierte Konzepte zur Bekämpfung von Kinderarmut und die Erpro-

bung geeigneter Präventionsmaßnahmen mit regelmäßigen Wirkungskontrollen,

- ein Gesamtkonzept zur Gesundheitsförderung für die Kinder in Kiel. Der Zusammenhang zwischen Armut und schlechtem Gesundheitszustand der Betroffenen ist wissenschaftlich belegt.
- die Einrichtung eines kommunalen Fonds, aus dem Schulmaterialien bezahlt werden, um die Lehrmittelfreiheit für Kinder aus den betroffenen Haushalten zu sichern. Leistungsberechtigt sollen alle Bezieher von ALG II sowie alle Haushalte mit Anspruch auf Wohngeld sein. (Mittlerweile gibt es solche Fonds in vielen deutschen Städten.)

## Wir wollen

- einen Pass für alle betroffenen Kinder und Jugendlichen, der Folgendes enthält:
- Kostenlose Ausstellung von Kinderreisepässen und Personalausweisen
- die Höhe des Eintritts in alle kommunalen Schwimmbäder bemisst sich nach den dafür vorgesehenen ALG II-Regelsätzen
- die Höhe des Eintritts in alle kommunalen Museen, einschließlich Sonderausstellungen, bemisst sich nach den dafür vorgesehenen ALG II-Regelsätzen
- Monatskarten für alle SchülerInnen im gesamten Stadtgebiet während der Schul- und Ferienzeiten bemessen sich nach den dafür vorgesehenen ALG-II-Regelsätzen



## Ältere Generationen

Der Anteil der über 80-Jährigen wird in Deutschland von derzeit 5 Prozent auf rund 12 Prozent im Jahr 2050 ansteigen.

Wir brauchen ein neues städtepolitisches und fachplanerisches Denken und Handeln, das Finanz-, Städtebau-, Bildungs-, Gesundheits- und Sozialpolitik integriert. Die städtische Politik für ältere Menschen muss zwei wesentliche Perspektiven verfolgen:

- die Förderung der Selbstbestimmung und den Erhalt der Selbstständigkeit
- die besonderen Bedarfe wie Krankheit, Hilfs- und Pflegebedürftigkeit.

Die Bedeutung der Selbstständigkeit älterer Menschen kommt in der städtischen Politik viel zu kurz. Natürlich wollen auch ältere Menschen ihre Jahrzehnte umfassende Altersphase aktiv und selbstbestimmt gestalten. In Kiel gibt es in diesem Bereich bisher noch keine Ansätze, die diese Altersgruppe einbezieht.

Die Auswertung der Befragung der Landeshauptstadt Kiel ergab, dass der Aussage: „In meinem Stadtteil sind Einrichtungen und Angebote für ältere Menschen in ausreichendem Maße vorhanden“ nur 13,8% zustimmen.

Das ist an Deutlichkeit nicht zu übertreffen. Schon der Respekt gebietet, das zu ändern. Dazu muss in einem Schritt die betroffene Altersgruppe in einen Prozess einbezogen werden, der die Bedarfe in den einzelnen Stadtteilen ermittelt. In diesem Prozess sind geeignete Konzepte, Zieldefinitionen und Überprüfungs-kriterien zu erarbeiten und zu erproben.

### Wohnen im Alter

Die Wohnbestände sind den geänderten Bedürfnissen anzupassen. Der demogra-

fische Wandel fordert die Entwicklung neuer, zukunftstauglicher Wohn- und Lebensformen für ältere Menschen. Zum Beispiel: gemeinschaftliche Wohnprojekte, betreute Wohngemeinschaften, betreute Hausgemeinschaften.

Dem Wunsch, in den eigenen vier Wänden zu bleiben, muss entsprochen werden, auch wenn die Menschen Unterstützung benötigen. Durch eine zukunftsorientierte Bau- und Infrastrukturplanung muss die Stadt günstige Rahmenbedingungen schaffen.

### Alter und Gesundheit

Gesundheit ist eine wesentliche Voraussetzung für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Deshalb ist Gesundheit ein wichtiges kommunalpolitisches Handlungsfeld.

- Ausbau zielgruppenspezifische Angebote der Gesundheitsförderung und Prävention (Förderung, Unterstützung und Beratung von Selbsthilfeangeboten),
- Beratung für Gruppen (Selbsthilfegruppen, Altenclubs) und Einrichtungen der Altenhilfe (Begegnungsstätten, stationäre Einrichtungen).

### Alter und Pflege

Mit zunehmendem Alter wächst das Risiko, hilfs- und pflegebedürftig zu werden. Die meisten Menschen möchten aber auch dann selbstständig und selbstbestimmt in der vertrauten häuslichen Umgebung bleiben. Daraus ergeben sich zahlreiche Aufgaben für die städtische Politik. Die städtische Stadt-, Wohn- und Infrastrukturplanung muss die Perspektive von Hilfs- und Pflegebedürftigkeit in ihre Arbeit integrieren. Dazu zählen eine individuelle Wohn- und Pflegebera-

tung sowie soziale und komplementäre Dienstleistungen.

Bei der Planung und Entwicklung der Angebote und Dienstleistungen müssen die betroffenen älteren Menschen beteiligt werden, um die Akzeptanz und Qualität zu unterstützen und zu sichern.

Es reicht nicht, wie in der Vergangenheit, in Fleißarbeit die aktuelle Situation in Farbbroschüren abzubilden, ohne dass die entsprechenden Handlungen folgen.

- **WIR** wollen eine Stadtplanung, die auf die Bedürfnisse der älteren Menschen eingeht und gemeinsam mit ihnen neue Wege beschreitet.
- Es gilt, die Bedürfnisse aus den Stadtteilen heraus zu ermitteln und entsprechend überprüfbar Ziele zu definieren und umzusetzen.
- Der seniorenpolitische Workshop „Wohnen im Quartier“ stellt 2012 fest: „die Entwicklung von Beteiligungsformen auf sozialräumlicher Ebene, besonders für Zielgruppen, die bislang nur in geringem Umfang erreicht wurden, muss gefördert werden.“ Die Erkenntnis fordert entsprechende Handlung.
- Vor dem Hintergrund der wachsenden Altersarmut, die besonders Frauen trifft, ist die Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum notwendig, um Sicherheit zu geben.
- Die Stellung des sogenannten Seniorenbeirats ist deutlich aufzuwerten und auszubauen.

# Umwelt



Umwelt- und Naturschutz müssen zur Querschnittsaufgabe des gesamtstädtischen Handelns werden.

Glaukt man dem Marketing der aktuellen Parteien im Rathaus, verbessern sich die Bedingungen für die Umwelt beständig. Mit der Wirklichkeit hat das aber leider nichts zu tun.

Dabei sollten Umwelt- und Naturschutz eine Selbstverständlichkeit sein: Unsere natürlichen Ressourcen sind begrenzt und eben nicht beliebig vermehrbar. Eine artenreiche Tier- und Pflanzenwelt, gesunde Luft, sauberes Wasser, geringe Lärmpegel bedeuten auch Lebensqualität, Gesundheitsschutz.

In Kiel sind diese Inhalte zu inhaltsleeren Slogans geworden. Kiel ist Klimaschutzstadt, Kiel wird Mitglied im Verein für Biodiversität, Kiel spart Energie ...

Das sind die von der KN kolportierten Meldungen über die rot/grüne Umweltpolitik. Dabei schneidet Kiel im Vergleich zu anderen deutschen Großstädten im Umweltranking schlecht ab: Die Luftbelastung durch Auto- und vor allem Schiffsverkehre ist so stark, dass Bereiche Kiels in Hafennähe für eine Wohnbebauung ausscheiden - und das bei unseren Winden und unserer extrem günstigen Lage an der Ostsee.

Die europäische Union hat Kiel deswegen schon im Visier: Eine Strafzahlung wegen der schlechten Luftqualität konnte nur durch die Verlängerung eines (erfolglosen) Verkehrsversuches in der Bahnhofstraße vermieden werden.

Anstatt die Probleme offen zu benennen und Lösungen zu erarbeiten, wird auf Zeit gespielt. Zu Lasten der Gesundheit

der Kieler Bürger haben SPD, Grüne und SSW erfolgreich eine Landstromversorgung für die «Stinkenden Schiffe»<sup>1</sup> verhindert - angeblich wegen der finanziellen Belastung für die Reeder. Was für ein Unfug: In Kiel geht nicht, was europäische Vorschrift und in den skandinavischen Ländern eine Selbstverständlichkeit ist.

Auch in Bezug auf Flächenversiegelung kämpft Kiel verbissen um den Titel der betongrauen Stadt am Meer. Mehr als 50 Prozent der Stadtfläche sind versiegelt und ein Ende ist nicht in Sicht. Dabei sind biologisch aktive Böden der beste und einfachste Klimaschutz, sie mindern Lärm, Staub und andere Umweltbelastungen und geben Jung und Alt die Möglichkeit, Umwelt sinnlich zu erleben. Denn sie stehen für eine große Vielfalt an Pflanzen und Tieren.

Die Kieler Stadtplanung verfolgt aber längst keine eigenen Ziele mehr. Einziges Ziel: Möglichst viele städtische Grundstücke an Investoren verkaufen - darunter zahlreiche Grünflächen. Ökologische Aspekte spielen dabei nur eine untergeordnete Rolle: Es werden eben gerade gesetzliche Mindeststandards erfüllt, qualitative Bewertungen unterbleiben vollständig. Dafür gibt es zahlreiche Beispiele angefangen beim Zentralbad für das eine der artenreichsten Kieler Grünflächen zerstört werden soll und für Kurt Krieger (Möbel Kraft) werden gleich 17,5ha grüne Lunge geopfert.

Wenn Kiel eine Zukunft haben soll, muss es eine Umkehr geben: Umwelt- und Naturschutz muss eine selbstverständliche Querschnittsaufgabe für die gesamte

Stadt werden. WIR stehen für eine nachhaltige Nachhaltigkeit.



WIR in Kiel

# Wirtschaftsförderung



Die reine Wachstumsorientierung hat spätestens durch die Finanzkrise bewiesen, dass Bürgerinnen und Bürger teuer dafür zahlen müssen und dass sie das Gegenteil von Nachhaltigkeit darstellt.

Die aktuelle Politik in Kiel versucht gern, „Großstadtstrategien“ (vereinzelte Großprojekte wie Science Center, Kiel-Kanal usw. statt nachhaltiger lokaler Wirtschaftsförderung) zu übernehmen und wird so zu einer „Möchtegern-Stadt“, die ihren Charakter und ihre Identität verliert.

Die Schnellschuss-„Lösungen“ werden letztlich von außen gesteuert und machen Kiel nur verwundbarer. Nachhaltigkeit lässt sich nicht von „oben nach unten“, sondern nur von „unten nach oben“ erreichen. Dabei gibt es eine Reihe von Möglichkeiten, um eine nachhaltige Wirtschaftspolitik zu stärken.

Um diese zu kontrollieren und zu bewerten, braucht es Nachhaltigkeitsindikatoren und die Einführung einer Wirkanalyse für große Einzelhandelsgeschäfte, mit der die wirtschaftlichen Auswirkungen auf die Stadt transparent werden.

Dies kann geschehen durch:

- die Einführung eines „Planungsnutzens“ bei der Baugenehmigung von Einzelhandelsgeschäften,
- die Begrenzung des Marktanteils großer Ketten und von Franchise-Unternehmen, deren Angebot weltweit identisch ist, sowie eine Innenstadtentwicklung, die den lokalen Einzelhandel miteinbezieht.

Die aktuelle Unternehmer- und investorenfreundliche Wirtschaftspolitik ist durch

bestimmte Merkmale gekennzeichnet. Sie konzentriert sich auf Projekte, die immer auf Kosten einer lokalen Wirtschaftsförderung gehen. Dadurch kann die „Möchtegern-Stadt“ keinen eigenen Charakter aufbauen. Die immer gleichen Einkaufszentren, Ladenketten und Schnellrestaurants tragen zur Erosion der lokalen Wirtschaft bei und privatisieren ehemals öffentlichen Raum, der nun nur noch für ökonomische Belange zur Verfügung steht.

Diese bestimmende Sichtweise der Wirtschaftspolitik muss durch eine nachhaltige Sicht ersetzt werden. Dazu müssen alle Vorhaben einer ordentlichen Kosten-Nutzen-Rechnung in einer veröffentlichten Bilanzierung unterworfen werden. Es ist ein Masterplan für die lokale Wirtschaft zu erarbeiten. Das Ziel ist, die Abhängigkeit der Verwaltung von auswärtigen Ressourcen und Wirtschaftsinteressen schrittweise zu reduzieren.

Das wirtschaftliche Überleben einer Stadt der Größe Kiels hängt wesentlich von kleinen und mittleren Unternehmen wie Handwerksbetrieben, lokalen Dienstleistern und ortsansässigen Geschäften ab. Daher muss deren Förderung in den Mittelpunkt gestellt werden.

Die Stadt steht wirtschaftlichen Herausforderungen gegenüber, die neue, nachhaltige Wirtschaftsstrategien schwierig, aber dafür umso notwendiger machen. Der Erhalt und vor allem die Weiterentwicklung einer nachhaltigen Wirtschaft ist von grundlegender Bedeutung für die Dynamik und die Lebensqualität der Stadt. Das geht weit über eine reine Gewinnmaximierung hinaus und schließt soziale, ökologische und kulturelle Aspekte ein.

Es gilt, einen Prozess anzuschieben, der eine nachhaltige und auf Gemeinschaft beruhende Wirtschaftsentwicklung zum Ziel hat. Es gilt, gewinnbringende Geschäfte mit anderen Interessen und Werten in Einklang zu bringen: qualitativ hochwertige Arbeitsplätze, Gesundheit, günstiges Wohnen, Chancengerechtigkeit und ökologische Verantwortung. Unternehmen müssen Bestandteil einer größeren Agenda sein, die eine Gemeinschaft aufbaut, die kreativ, integrativ und nachhaltig ist.

Eine solche Wirtschaftsentwicklung ist das Gegenprogramm zur aktuellen städtischen Politik, die unter anderem davon geprägt ist, die Anzahl von Arbeitsplätzen um jeden Preis zu erhöhen, egal, wie gut die Jobs bezahlt werden, welcher Art die Unternehmen sind und welche Kosten dabei langfristig auf die Stadt zukommen. Wir brauchen einen langfristigen Strukturwandel, der Werte für die Stadt schafft und den ökonomischen, sozialen, ökologischen und kulturellen Nutzen im Blick hat. Dieser wird dazu beitragen, dass die so entstehenden neuen Wirtschaftsräume gegenüber der Globalisierung und Deindustrialisierung weniger anfällig sind.





## Kein weiterer Ausverkauf der Stadt

Globalisierung, Europäisierung und Finanznot gehören zu den Begriffen, die im Zusammenhang mit der Privatisierung öffentlicher Güter wie Sachzwänge genannt werden, denen die Stadt hilflos ausgeliefert ist. Die Finanznot der Stadt ist allerdings kein Sachzwang, sondern das Ergebnis politischer Entscheidungen. Zudem gibt es bis heute keine Untersuchung, die nachweist, dass öffentliche Aufgaben privatwirtschaftlich günstiger und besser erledigt werden.

Wenn nach der Mehrheit der Kieler Bürgerinnen und Bürger gegangen wäre, hätten die Verkäufe der Stadtwerke und der städtischen Wohnungsgesellschaft nicht stattgefunden.

Besonders das Beispiel des Verkaufs der Kieler Wohnungsgesellschaft, die als städtisches Eigentum gegründet wurde, zeigt, dass die Stadt letztlich draufzahlt. Mit der Privatisierung öffentlicher Güter löst die Stadt ihre eigenen Ressourcen und Kompetenzen auf.

Was passiert bei der Privatisierung? Sinken die Kosten für die Dienstleistungen? Werden Dienste unbürokratischer, zeitlich flexibel und mit einem freundlichen

Lächeln angeboten? Ein Ergebnis von Privatisierung ist auf alle Fälle ein niedrigeres Einkommen für die Beschäftigten - von der Putzkraft bis zum Pförtnerdienst. Wird deshalb besser und effizienter gearbeitet?

Für die Entkommunalisierung von öffentlichen Aufgaben scheint es zur Zeit keine Grenzen zu geben. Selbst Kernaufgaben stehen zur Disposition. Letztlich entscheidet hier (noch) immer die Ratsversammlung - aber die Kieler Kommunalpolitik hat sich mit den Privatisierungen angefreundet. Sie geht damit der politischen Auseinandersetzung über Qualität und Kosten aus dem Weg. Die ständig steigenden Kosten des Wohngeldes und der Wohnnebenkosten sind dann eben den Privaten anzulasten.

Aber wählen Sie VertreterInnen in die Ratsversammlung, damit Sie der städtischen Politik ausweichen und die Stadt als gemeinschaftliches Versorgungswerk demontieren? In die Geschäftsführung und Bilanzen der privaten Versorger dürfen die Ratsmitglieder nicht einsehen, weil es sich um Betriebsgeheimnisse handelt. Wenn aber die fachliche Kompetenz abnimmt, weil man mit den Aufgaben

gar nicht mehr materiell befasst ist, kann der Rat seiner Kontrollpflicht nicht mehr nachkommen.

Bei dem Verkauf öffentlichen Eigentums geht es letztlich nicht um das oft zitierte Tafelsilber, sondern um den Grund und Boden der Stadt. Aber je weniger die Stadt über Grundstücke verfügt, desto mehr sinkt ihr Einfluss bei den Planungs- und Entwicklungsentscheidungen. Sie kann dann bei den Planungen nicht mehr mitreden und hat dann keinen Tauschwert mehr in die Verhandlungen einzubringen. So werden Ratsfrauen und Ratsherren zu bloßen Repräsentanten der „politischen Verantwortung“.

Anders als bisher müssen die Ratsfrauen und Ratsherren wieder Verantwortung übernehmen und vermeintliche Sachzwänge gegen die Folgen für die Stadt abwägen. Planungen und Entscheidungen dürfen nicht in Hinterzimmern oder ausgelagerten Gremien vorentschieden werden, sondern gehören in die öffentliche Diskussion und die Ratsversammlung. Jede Entscheidung muss sorgsam auf ihre langfristigen Auswirkungen untersucht werden.



# Der notwendige Konflikt mit Land und Bund



Kiel muss sich auf seine Stärken für seine Bürger vor Ort besinnen. Keine städtischen Wirtschaftsbetriebe verkaufen, sondern die Schwarze Null anstreben, ohne Unternehmergewinn oder Dividende. Privatisierte Betriebe bedeuten bei höheren Finanzierungskosten sowie Zinsen für das Unternehmer-Risiko und Aktionärsrendite Mehrkosten für die örtliche Gemeinschaft.

Dort wo ehemalige Kommunalbetriebe bereits privatisiert sind – sollte sie - gerne im Verbund mit Nachbarkommunen - die Rekommunalisierung zum Beispiel ehemals städtischer Wohnungen oder Ver- und Entsorgungsbetriebe vorantreiben. Das bringt inhaltliche Gestaltungsmöglichkeiten (Lohn-Tariftreue, niedrigere Kosten-Mieten) und finanzielle Einnahmen, die in der Stadt bleiben.

Statt dauernd neue Kürzungsvorschläge für die Verwaltung und die Bürgerschaft in die Debatte zu werfen, statt neue Bagatelsteuern zu erfinden und darüber kommunales Leben zu riskieren, sind regelmäßige Konfliktgespräche mit den Landtags- und Bundestagsabgeordneten angesagt, weil vor allem in Landeshaus und Bundestag die Finanzmisere der Stadt ihre Ursachen hat.

Dort wurden gerade in jüngster Zeit mehrmals quasi über Nacht Milliardenausgaben beschlossen zur Rettung aus der Not. Aber nie waren Städte wie Kiel gemeint.

Quasi von heute auf morgen erhält die HSH-Nordbank von Hamburg und Schleswig-Holstein im Februar 2009 und eine Kapitalspritze von 3 Mrd. Euro. Eine weitere 3 Mrd. soll im Juni (nach der Kommunalwahl) beschlossen werden. Nur zum Größenvergleich: Alle Städte und Gemeinden im Land zwischen den Meeren wären nach nur einer dieser Finanzspritzen von 3 Mrd. (1.250 Euro/Einw.) schuldenfrei. Wann werden endlich nicht mehr Casino-Papiere oder spekulative Schiffs-Investitionen getettet, sondern Kitas und Schulen, Jugendhäusern und Straßen?

In Folge des Bankencrash von 2009 haben sich die Öffentlichen Haushalte in Deutschland binnen eines Jahres spürbar zusätzlich verschuldet. Erstmals stieg die Gesamtverschuldung über 2 Billionen Euro (2.000 Mrd. Euro/24.515 Euro/Einw.). Vor allem der Bund hat sich zusätzlich verschuldet um Steuerausfälle auszugleichen, um Risiken der toxischen Bankpapiere der HRE auszugleichen und einen Wirtschaftseinbruch zu ver-

meiden. Allein der zusätzliche Aufwand dieses einen Jahres (von 2009 auf 2010) hätte genügt, um alle Städte und Gemeinden der Republik, von Kiel bis Konstanz (mit Verbindlichkeiten in Höhe von rd. 133 Mrd. Euro / 1.620 Euro je Einw.), schuldenfrei zu stellen. Und im Gegensatz zu den Banken stehen hinter dem überwiegenden Teil städtischer Schulden reale Werte, Schulen, Kitas, Straßen, Kläranlagen etc.

Die Kieler Parteien mit bundesweiter Organisation machen nicht einmal den Versuch, kommunale Interessen von unten nach oben zu tragen und meiden die notwendigen Auseinandersetzungen mit ihren Landes- und Bundespolitikern. Geschlossenheit und zentral inszenierte Wahlkämpfe genügen ihnen. Vor Ort wird folglich genauso inhaltsleer Politik gespielt, wie auf den Landes- oder Bundesbühnen.

**Deshalb brauchen Bürgerinnen und Bürger landauf, landab neue Verbünde zur Rettung ihres Gemeinwesens Stadt. Solche wie **WIR in Kiel**, die fragen „Wem gehört die Stadt?“ Und die sich als moderne Wählergemeinschaft mit viel Fachkompetenz zusammengetan hat.**

«Warum nur lassen wir zu, dass die paar Leute auf den Rängen sich alle unsere Lebensgrundlagen aneignen – noch dazu mit leistungslosen Einkommen aus Wettgewinnen? Wollen wir nicht das Rennen absagen und uns daran machen, das Stadion in einen Garten zu verwandeln? Ach so – das geht nicht – wegen der Besitzstände. Es gehört längst alles den Sponsoren.» (Peter Kafka)



Städte und Kommunen spielen beim Aufbau unseres Gesellschaftssystems eine besondere Rolle, weil BürgerInnen hier unmittelbar auf das politische System, auf die handelnde Verwaltung treffen. Schon allein um verlorene Glaubwürdigkeit zurückzugewinnen, ist es deshalb notwendig, jeden Verdacht von Vetternwirtschaft, Machtmissbrauch, Seilschaften und anderen schädlichen Folgen der Korruption auszuschließen.

Korruption ist ein unbeliebtes und nahezu tabuisiertes Thema. Es existiert zwar ein «Konzept zur Vorbeugung und Bekämpfung von Korruption», aber das wird dem Wesen von Korruption nicht gerecht. Der Umgang mit den jährlichen Berichten, die teilweise erst auf Nachfrage um ein Jahr verspätet abgegeben werden, zeigt, wie ernst das Thema genommen wird. Die Mehrheitsfraktionen demonstrieren hier, dass sie sich am liebsten nicht damit beschäftigen, weil ja schon das Reden darüber das Image beschädigen könnte. Lieber keine schlafenden Hunde wecken.

Auf kommunaler Ebene ist die Prävention von Korruption ein komplexes Thema, weil hier diverse Möglichkeiten geboten werden. Das kann mit einer Einladung von einem Wirtschaftsunternehmen zu einer Sportveranstaltung oder zum Essen beginnen. Dies bietet den Nährboden bzw. das Klima der Verbrüderung und Intransparenz. Deshalb gehören Klauseln gegen Korruption ebenso in jeden öffentlichen Auftrag wie eine verbindliche Verpflichtung der beteiligten Personen zu entsprechenden Regularien, damit Verstöße tatsächlich mit Sanktionen belegt werden können.

## Kommunales Integritätssystem

Durch die kommunalen Unternehmen in privater Rechtsform, in privater Hand oder in öffentlich-privater Partnerschaft (ÖPP) ist diese Kontrolle dieses Bereichs durch Räte und andere Instanzen deutlich erschwert. Durch die Privatisierung und Dezentralisierung ist auch das Risiko von Korruption gestiegen. Kritisch sind hier zum Beispiel alle Maßnahmen, die durch Rechtsform (z.B. AG) und durch restriktive Verschwiegenheitsregelungen, möglich sind. Ein weiteres Problemfeld ist eine politisch statt fachlich motivierte Auswahl des Führungspersonals.

Die institutionellen Rahmenbedingungen können Korruption enorm erleichtern oder erschweren. Transparency International bietet mit dem „Vier-Säulen-Modell“ einen qualifizierten Ausgangspunkt gegen Korruption auf kommunaler Ebene. **WIR** setzen uns deshalb dafür ein, dass die Stadt Kiel eine kooperative Mitgliedschaft mit Transparency International Deutschland e.V. eingeht.

Für diese Mitgliedschaft sind u.a. folgende Voraussetzungen zu schaffen:

- die Abgabe einer Selbstverpflichtungserklärung mit einem klaren Bekenntnis der Stadt zur Ablehnung von Korruption in jeder Form, nicht nur in der Verwaltung, sondern auch bei den politischen Entscheidungsträgern,
- Schulungen sowie eine verbindliche Verhaltensnorm für Beschäftigte gegen Korruption und Bestechung,
- Einführung eines Ehrenkodex und eines Ehrenrates, um die persönlichen Interessenlagen der MandatsträgerInnen zu erkennen,
- das Engagement zur Korruptionsprävention in den Interessensverbänden und die Bereitschaft zum Erfahrungsaustausch mit anderen Kommunen,
- Antikorruptionsklauseln und Einführung des Integritätspaktes bei der Vergabe von Aufträgen,
- Privatisierung von kommunalen Aufgaben nur bei Wahrung der kommunalen Interessen durch Kontrollrechte.



Bild: Gerd Altmann / pixelio.de

## Zum Integrierten Stadtentwicklungskonzept



„Zwei Forderungen muss kommunale Entwicklungsplanung erfüllen: 1. mehr Rationalität im gesamten Ablauf; mehr Methode und mehr System bei jedem Planungsschritt! 2. mehr Überschaubarkeit, mehr Information und demokratische Mitwirkung! Das bedeutet: Ziele und Prioritäten als Ergebnis der Abwägung unterschiedlicher Vorstellungen und Interessen aufgrund politischer Wertentscheidungen deutlich werden lassen; frühzeitige Information und Mitwirkung der Bürger an den politischen Wertentscheidungen und ständige demokratische Kontrolle des Planungsprozesses.“

Weshalb dieses Zitat aus der Präambel eines Papiers der SPD zur Kommunalen Entwicklungspolitik aus dem Dezember 1976?

Weil es im eklatanten Widerspruch zum Integrierten Stadtentwicklungskonzept (INSEKK) steht, das die Ratsversammlung in Kiel beschlossen hat.

Dem INSEKK fehlt – abgesehen von der sehr formalen Beratung in den Ortsbeiräten, die auf die Parteipolitik (und nicht auf die Vertretung der Stadtteilinteressen) eingeschworen sind, jede Bürgerbeteiligung. Zum anderen fehlt dem INSEKK jede halbwegs kritische Auseinandersetzung mit den potentiellen Interessenkonflikten, die durch die vorgelegte Kommunale Entwicklungsplanung heraufbeschworen werden.

Im INSEKK werden gleich die neuen Rahmen genannt: knapper städtischer Haushalt, kommunaler Wettbewerb der Regionen und ökonomischer Standortwettbewerb. Um es ganz einfach auszudrücken: es geht um Etatkürzungen, Attraktivität für Externe und Standortvorteile für anzusiedelnde Unternehmen. Die Kieler Bevölkerung und Unternehmen von heute spielen nur als Resultante der Gleichung eine Rolle, die da auf das INSEKK übersetzt lauten könnte: „Gut für Kiel ist, was gut für die ansiedlungswillige Wirtschaft ist.“

Das INSEKK als Masterplan der Stadt richtet seine Ziele nicht nach den Wünschen und Bedürfnissen seiner aktuellen Einwohner. Es richtet sich nach den vermuteten Erwartungen von erhofften neuen Unternehmen und neu zuziehender Besserverdiener. Es setzt mit dieser Ausrichtung den längst bekannten ruinösen Wettbewerb der Kommunen untereinander fort.

Das gescheiterte Experiment, durch eine neoliberal ausgerichtete, angebotsorientierte Wirtschaftspolitik Wohlstand für alle zu

schaffen, hat sich längst als Täuschung erwiesen. Dennoch wird mit dem INSEKK weiter diesem Modell gehuldigt - so als habe es dieses Scheitern nicht gegeben. Es dominiert ein rein ökonomisch bestimmtes Stadtentwicklungsverständnis, das weit hinter die politischen Erkenntnisse der siebziger Jahre zurückfällt.

Das INSEKK will entscheidendes Planungsinstrument des Rates sein, wichtiger als alle Fachplanungen. Vor diesem Hintergrund ist es nicht akzeptabel, dass die nach langen politischen Kämpfen erstrittenen Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechte der BürgerInnen hier schlichtweg übergangen wurden. Stuttgart 21, Berliner Flughafen und andere Projekte zeigen, dass ohne wirkliche Bürgerbeteiligung lediglich bürokratische Planungsmonster zum Gefallen kurzfristiger ökonomischer Interessen umgesetzt werden.

Die Interessen der Bürgerinnen und Bürger der Landeshauptstadt Kiel hätten es mehr als verdient, im Rahmen ausführlicher städtischer Bürgerinformation in den entsprechenden Sozialräumen angesprochen zu werden und mittels entsprechender Mitwirkung der betroffenen Bevölkerungsgruppen im Verfahren eingebracht zu werden. Bürgerbeteiligung war nicht gewünscht und fand nie statt.

Besonders im Teilbereich Soziales wird die Nichtbeteiligung Folgen haben. Hier wirken Stadtentwicklung und all die Veränderungen, die betrieben werden sollen, direkt auf die Lebenswirklichkeit der betroffenen Bürger. Vor diesem Hintergrund entfällt jegliche Darstellung der möglichen Verdrängungswirkungen aus den Quartieren. Hier wird deutlich: wer seine Ziele nicht nach den Bedürfnissen seiner Einwohner, sondern zu sehr an einer erst noch anzulockenden Wirtschaft ausrichtet, muss die Konsequenzen für die Bürger von heute aus dem Blick verlieren.

Es bleibt sehr vernünftig, was im „Arbeitsbuch zur Kommunalpolitik“ als Maxime kommunaler Entwicklungsplanung zur Sinnhaftigkeit einer frühen und intensiven Bürgerbeteiligung festgehalten ist: „Kommunale Entwicklungsplanung muss für die Bevölkerung überschaubar und nachvollziehbar sein. Jeder soll erkennen können, wie geplant wird; jeder soll verstehen können, warum dieses oder jenes geschieht. Alle sollen lernen, ihre Interessen zu erkennen und in den Planungs- und Entscheidungsprozess einzubringen. Die Planung selbst, nicht nur deren Ergebnis muss öffentlich sein, wenn man mehr erreichen will, als nur Schlagzeilen!“



## Unser Kiel ist keine Marke

«Viel vor, viel dahinter», «Da geht was», «Übermorgenstadt», «Lohne lohnt sich», «Keiner wie wir», «Stadt der Moderne». Lauter Slogans von Städten. Sie kennen die sicher und können sie leicht zuordnen?

Diese Städte müssen sich jetzt warm anziehen, denn jetzt kommt Kiel Sailing City befreit von den „sehr bedeutungsverengenden Bildelementen“. (Vgl. KN 02.10.2013)

Das mit dem Image haben schon andere Städte versucht: Die alten Weltstädte London, Paris, Berlin und Wien investierten große Summen und warben mit ihrer Politik der Stadterneuerung. Mit prestigeträchtigen Projekten wurde in Hochglanzbroschüren und in den Reden von Politik und Wirtschaft auf die phantastische Zukunft verwiesen, die Geld wie einen warmen Regen in die Stadt und die Portemonnaies der Bürger bringen würde.

Die Ratsversammlung hat beschlossen, 300.000 € für Marketing auszugeben und ein neues Logo für Kiel zu entwickeln.

Kiel, die „entspannte Nichtmetropole“ die „eindeutig mit der Sehnsuchtsregion Norden verknüpft“ ist, braucht einen Relaunch seines Logos. Mit dem neuen Logo „will das Rathaus im Herbst 2013 eine Werbekampagne starten“. (Vgl. KN 02.10.2012)

Das Ansinnen der „inneren Wahrnehmung“ – wie es im beschlossenen Antrag hieß, lässt erahnen, wie sie sich die Realität von den Lebenswirklichkeiten in den Stadtteilen entfernt hat. Für die „innere Wahrnehmung“ der Stadt täte ein offener Blick gut. Aber darum geht es ja eben nicht! Es geht um ein Image.

Es geht darum, Kiel als Marke zu platzieren – nicht darum, etwas für die Lebensqualität der Einwohner zu tun.

„Kiel Sailing City“ soll mit erheblichen Kosten re-designed werden - dann stellt sich schon die gewünschte Realität ein.

Über das eindimensionale Denken hinaus werden Ursache und Wirkung verwechselt. Nicht das Image verändert die Stadt. Die Veränderungen der Stadt machen das Image: vorbildliche

moderne Schulgebäude, ausreichend bezahlbarer Wohnraum, sanierte Sportplätze. Diese Art von Image kann nicht enttäuscht werden, denn es wird nicht nur etwas versprochen. Das ist ein Kiel, das seine Bürgerinnen und Bürger in den Mittelpunkt stellt und sich um sie kümmert. Das ist anziehend für Menschen, die in Kiel arbeiten sollen.

Stattdessen will die jetzige Politik eine erwünschte Realität ein-dimensional zur Marke einer Stadt erklären, wobei das Gemeinwesen Stadt mit all seinen Widersprüchen und Verwerfungen in den Hintergrund gedrängt wird. Die Frage, was genau mit der Marke erreicht werden soll, wird gar nicht beantwortet. Soll eine Tourismusmarke Reisende oder Kurzurlauber anlocken? Geht es darum, eine Standortmarke zu entwickeln, die Investoren die Vorteile des Standorts verdeutlichen soll?

Die beauftragte Agentur Boy empfiehlt, das Amt für Kommunikation, Standortmarketing und Wirtschaftsfragen solle die Markenführung übernehmen. Das heißt dann nichts anderes, als dass nicht mehr der Rat die Strategie kommunaler Politik wahrnimmt, sondern „Verwaltungsstrategen“ Hand in Hand mit einer Werbeagentur. Damit ist schon jetzt garantiert, dass der „Markenbildungsprozess“ kein Prozess ist, der Kiel eine Identität gibt. Wer die Marke Kiel als etwas anderes als die Identität des Gemeinwesens versteht, wird niemals eine wirkliche Marke und keine authentischen Qualitäten schaffen. Eine Stadt, die sich so intensiv mit ihrem Selbstbild und einer konstruierten, anstelle einer gewachsenen Markenkultur beschäftigt, hat den Bezug zur Realität verloren.

**WIR** wollen keine Stadt des Slogans, sondern eine, die bereit ist, einen identitätsbildenden nachhaltigen Wandel städtischen Lebens voranzutreiben. Eine Stadt, die von ökonomischen, ökologischen, sozialen und kulturellen Faktoren bestimmt ist, die Nachhaltigkeit ernst nimmt und nicht als Worthülse benutzt.

# Kreative Stadt Kiel



Mit dem strategischen Ziel „kreative Stadt“ reagiert die Stadt Kiel auf einen Trend, der im günstigsten Fall als ambivalent einzuschätzen ist. Was Kommunalpolitiker, Stadtentwickler und Wirtschaft als neue Perspektive regionaler Wirtschaftsentwicklung verkaufen, nennen seriöse Wissenschaftler substanzlosen Hype. Die Protagonisten der städtischen „Kreativpolitik“ hoffen mit vergleichsweise geringem finanziellen Aufwand eine wirtschaftliche Basis zu schaffen, bei der nicht die Lohnkosten und die Preise entscheidend sind, sondern irgendetwas im Zusammenhang mit Innovation, Design und Qualität.

Dabei ist Kreativität ein Begriff wie Gerechtigkeit oder Schönheit. Mit Kreativität wird eine individuell oder kollektiv erwünschte Eigenschaft beschrieben, die von keinem exakt bestimmt werden kann. Beschrieben werden können nur die Ursachen und die Folgen von Kreativität. Aber keiner kann sagen, was zwischen den Ursachen und Folgen passiert.

Die Kieler Stadtpolitik versucht, den Begriff der Kreativität unreflektiert zu nutzen. Dabei wird die Stadtkultur als notwendige lokale Bedingung aufgeführt, siehe INSEKK auf [www.kiel.de](http://www.kiel.de).

Wie ernst die „kreative Stadt“ gemeint ist, zeigt die Tatsache, dass die Verwaltung bereits zum Herbst 2011 einen Kreativ- und Innovationsbericht vorlegen sollte. Es gibt ihn bis heute nicht. Wir staunen – eine Stadt von der überschaubaren Größe Kiels und die Verwaltung kann keinen Bericht über die städtische Kreativ- und Innovationswirtschaft vorlegen?

Eines der wichtigsten Ziele der Stadtentwicklung sollte es sein, eine nachhaltige Gesellschaft zu entwickeln. Eine Stadtentwicklung, die jetzt den von Hamburg abgelegten Slogan „wachsende Stadt“ kopiert, ist ein Paradoxon zur Idee der Nachhaltigkeit. Die Idee vom unendlichen Weiterwachsen in unserer physikalischen Welt ist ein grober Unsinn.

Die Kieler Ansätze zur Wirtschafts- und Kulturförderung und Stadtplanung sind weit davon entfernt, auf die Unterstützung kreativer Milieus und ihrer Akteure zu zielen.

Damit sich überhaupt kreative Milieus bilden können, müssen die Rahmenbedingungen für ihr Entstehen und ihre Entwicklung geschaffen werden. Dafür bedarf es eines ergebnisoffenen Entwicklungsprozesses, der im Widerspruch zu ergebnisorien-

tierten herkömmlichen Planungsprozessen steht.

Um sich dem zu öffnen, muss auf städtischer Ebene eine ermöglichende und offene Haltung mit konkreten Maßnahmen etabliert werden. Diese Strategie kann sich an dem Konzept der „Offenen Stadt“ orientieren (<http://opencities.britishcouncil.org>). Sie kann aber nur dann nachhaltig sein, wenn alle Akteure und die Stadtgesellschaft diese Strategie zu ihrer eigenen machen. Das erfordert einen offenen Dialog, der auf zukunftsfähige Lösungen, flexibles Handeln und verlässliche Absprachen für die Kreativen ausgerichtet ist.

**Wir sollten nicht fragen, was es kostet, in Kultur zu investieren. Wir sollten fragen, was es kostet, wenn wir es nicht tun. (Charles Landry)**

Eine von städtischer Politik und Verwaltung unabhängig zu bildende Kreativagentur kann ein hilfreiches Instrument als Vermittlungsstelle sein. Eine der Aufgaben der Kreativagentur besteht darin, die bestehenden Netze konstruktiv miteinander zu verknüpfen. Die Kreativagentur muss mit einem eigenen Flächenpool städtischer Liegenschaften ausgerüstet werden, der sicherstellt, dass kulturelle und kreativwirtschaftliche Projekte unter besonderen Bedingungen umgesetzt werden können. Die Kreativagentur kann in einem ersten Schritt Pilotprojekte initiieren. So bietet sich die Chance, auch einen Diskurs über kreative Milieus und ihre Räume aktiv und konkret zu führen, Vertrauen zu schaffen und sichtbare Zeichen über die Stadtgrenzen hinaus zu setzen.

- Welche Räume und Flächen können aktiviert und zugänglich gemacht werden?
- Wie können über rechtliche Festlegungen und Rahmenbedingungen die nötigen Sicherheiten für den Aufbau kreativer Milieus gesichert werden?
- Was muss definiert, was offen gelassen werden?  
Was wir brauchen, ist ein neues Verständnis, das Entwicklungsräume (zu)lässt.



# Darf eine Stadt ihre Wohnungsbaugesellschaft verkaufen

Der Verkauf der städtischen Wohnungsbaugesellschaft war eine bedeutende politische Frage, die das Selbstverständnis der Stadtpolitik deutlich macht.

Es geht dabei um zwei Fragen::

1. Übernimmt die Stadt die Verantwortung für die Wohnungsver-sorgung - und insbesondere derer, die wegen ihres geringen Einkommens im privatwirtschaftlichen Wohnungsmarkt keine Wohnung finden?
2. Nimmt die Stadt Einfluss auf die sozialräumliche Struktur oder überlässt sie das den Marktprozessen?

Die erste Frage stellt sich gar nicht, weil die Stadt ohnehin dazu verpflichtet ist. Es bleibt also nur die Frage ob und wie sie dieser Verpflichtung nachkommt.

Die Kieler Wohnungsgesellschaft (KWG) entstand wie andere auch als gesellschaftspolitische und stadtstrukturelle Initiative. Im Kern ging es um einen Grundstock im Bereich des Wohnungsangebots, der bewußt und gewollt ausdrücklich marktfremd angesiedelt war.

Hier wurden mit öffentlichen Geldern qualitativ gute Wohnungen für Stadtbewohner geschaffen, die sich eine solche Wohnung auf dem privaten Wohnungsmarkt nicht leisten konnten.

Die soziale Aufgabe heute für Haushalte, die von Transferleistungen abhängig sind angemessene Wohnungen bereit zu stellen, bleibt eine Aufgabe mit voraussichtlich wachsendem Umfang.

Die private Wohnungswirtschaft hat, wenn überhaupt, nur ein extrem begrenztes Interesse daran, günstige Wohnungen anzubieten. Sie ist vielmehr an einer hohen Bestandsmiete interessiert.

Die Stadt Kiel hat sich erpressbar gemacht, weil sie durch den Verkauf des städtischen Wohneigentums keine eigenen Bestände mehr einsetzen kann und eine Kontrolle über die Transferleistungen (Wohngeld) aus der Hand gegeben hat. Wo also liegt der finanzielle Vorteil des Verkaufs für die Stadt Kiel?

Die zweite Frage ist aktuell von besonderer Brisanz.

Die Zahl von Haushalten, die an oder unterhalb der Armutsgrenze leben, wird auch in Kiel in absehbarer Zukunft nicht abnehmen. Die Stadt hat heute aber keinen Wohnungsbestand mehr, um die Herausbildung neuer sozialer Brennpunkte, oder gar (auch wenn manche diese Vorstellung abenteuerlich finden mögen) Obdachlosensiedlungen verhindern.

Der Verkauf der städtischen Wohnungsbaugesellschaft an Rendite orientierte Anleger widerspricht dem Interesse der Stadt am Erhalt des sozialen Zusammenhaltes. Die Stadt Kiel hat sich mit dem Verkauf der KWG die Möglichkeit geraubt auf die räumliche Verteilung bedürftiger Haushalte Einfluss zu nehmen. Der Verkauf der KWG war für die Investoren ein lukratives Geschäft mit hoher Ertragssteigerung. Aber gerade die ausschließlich an der Rendite orientierte Zielsetzung des Immobilienmarktes ist es, die es nötig macht eine städtische Wohnungsbaugesellschaft als öffentliches Eigentum zu haben.

Der Verkauf der öffentlichen Wohnbestände in Kiel in die Hand der privaten Immobilienwirtschaft (Anlegerfonds) bedeutet nicht nur den Verlust von Einflussmöglichkeiten, sondern beinhaltet, dass sich die stadtpolitischen Effekte dieser Wohnbestände in ihr direktes Gegenteil verkehrt haben.

Die Kieler Wohnungsbaugesellschaft erzielte über eine jährliche Rendite von 2 bis 3 Millionen hinaus eine zusätzliche „Stadrendite“, weil sie der sozialen Integration der Stadt diene und auch zu Ersparnissen im Sozialetat (Stichwort Kosten der Unterkunft - Transferleistungen) der Stadt beitrug.

Der soziale Wohnungsbau und der bewusste Einsatz von städtischen Wohnbeständen folgte einer im städtischen Interesse liegenden Logik. in Unschuld.

Es ist nicht tragbar, dass Parteipolitiker ohne Risiko eine kurz-sichtige und gemeinschaftsfeindliche Politik durchsetzen. Im Gegensatz zu Kiel wurde überall wo die BürgerInnen über die Verwendung ihres Vermögens, wie eine städtische Wohnungsbaugesellschaft mitentscheiden konnten ein Verkauf abgelehnt.







Die Wählervereinigung **WIR in Kiel** ist aus dem Zusammenschluss unterschiedlicher Initiativen und Einzelpersonen entstanden. Bei uns haben sich Bürgerinnen und Bürger aus verschiedenen Bereichen der Stadt und aus unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Zusammenhängen zusammengefunden. Was uns eint, ist u.a. die Überzeugung, dass demokratische und offene Entscheidungsfindungen der beste Weg zu einer lebenswerten und bürgernahen Stadt sind.

**WIR in Kiel** ist nicht zuletzt dadurch entstanden, dass viele Menschen in Kiel zu Recht das Gefühl haben, dass eine Menge schief läuft. Sie sehen und empfinden, dass politische Entscheidungen und deren Umsetzungen an ihnen vorbei getroffen werden. Das zutiefst undemokratische Argument der "Alternativlosigkeit" droht die gesamte Stadtentwicklung zu bestimmen und sehr vielen Kielerinnen und Kielern Schaden zuzufügen. Profiteure dieser Politik sind nur einige wenige.

Wir unterscheiden uns grundlegend von den im Kieler Rathaus vertretenen Parteien, die letztlich nur die von ihren Parteien

bundespolitisch getroffenen Beschlüsse kommunal umsetzen. Vor Ort weinen sie dann Krokodilstränen. Beispielsweise, wenn es um die katastrophale Finanzsituation mit der hohen Verschuldung der Kommune geht, die aufgrund von bundespolitischen Beschlüssen zustande kommt. Die etablierten Parteien in der Kieler Ratsversammlung haben bei der Wahrung der Interessen der Bürgerinnen und Bürger versagt.

**WIR in Kiel** will mehr Einfluss auf die Entscheidungen in unserer Stadt durch eine geregelte und gut funktionierende Bürgerbeteiligung nehmen. Dafür brauchen wir etwas, was es in Hamburg bereits gibt: ein Transparenz-Gesetz. Auf die kommunale Ebene übertragen, heißt das: eine Transparenzsetzung mit einem leicht zugänglichen zentralen Informationsregister. Dazu gehören z.B. städtische Verträge, Gutachten, Statistiken, Bauprojekte beginnend mit dem ersten Planungsschritt usw.

Bürgerinnen und Bürger der Stadt sollen über das Wohl Kiels entscheiden und keine Gremien, die von den Wählerinnen und Wählern nicht legitimiert sind. Die «Entkommunalisierung» von öffentli-

chen Aufgaben scheint keine Grenzen zu kennen. Die Kieler Kommunalpolitik hat sich seit langem mit den Privatisierungen angefreundet. Sie geht damit der politischen Auseinandersetzung über Qualität und Kosten aus dem Weg. Die steigenden Mietobergrenzen und Wohnnebenkosten sind dann eben den Privaten anzulasten. Aber wählen wir VertreterInnen in die Ratsversammlung, damit sie der städtischen Politik ausweichen und die Stadt als gemeinschaftliches Versorgungswerk demontieren? Die Bilanzen der privaten «Versorger» dürfen die Ratsmitglieder nicht einsehen, weil es sich um Betriebsgeheimnisse handelt. Wenn aber die fachliche Kompetenz abnimmt, weil man mit den Aufgaben gar nicht mehr materiell befasst ist, kann der Rat seiner Kontrollpflicht nicht mehr nachkommen.

Die Wählerinitiative **WIR in Kiel** richtet sich an alle, die sich nicht durch die herrschende Politik entmutigen lassen, sondern für eine demokratische und soziale Stadt eintreten. Unsere Stadt braucht eine neue Politik, die sich an den Bedürfnissen und Wünschen der Kieler Bürgerinnen und Bürger orientiert und auch die Verantwortung für künftige Generationen übernimmt.

## WIR in Kiel







**“Es ist an der Zeit, eine andere Werteorientierung zu beschreiben und zu empfehlen. Es ist an der Zeit, sich überhaupt wieder an Werten zu orientieren. Diese Einsicht verbindet sozial und fortschrittlich denkende Menschen mit Wertkonservativen.”**

Albrecht Müller, [www.nachdenkseiten.de](http://www.nachdenkseiten.de)